

Bezugspreis:
Wochenschrift 10,50 M., monatlich 3,50 M.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Vollbezug: Monatlich 3,50 M., erst
Stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
6,75 M., für das übrige Ausland
10,75 M., bei täglich einmal Zustellung
8,75 M. Postbestellungen nehmen an
Potsdam, Holland, Luxemburg,
Schweiz u. die Schweiz, Eingetragene
in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die abgeheilte Nonpareilzeile
kostet 1,50 M., Feinzeile 1,00 M.
„Kleine Anzeigen“, des
selbstgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei
selbstgedruckte Worte), jedes weitere
Wort 50 Pfg. Stellenanzeigen und
Schloßkellneranzeigen das erste Wort
65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Feinzeile 50 Pfg.
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen
1,00 M. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
E. B. 86, Lindenstraße 3, abgegeben
werden. Bestimmt von 9 Uhr früh bis
5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 16. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anerkennung Irlands?

Siedlung.

Der Wunsch Tausender, die siedeln wollen,
Verlangen oder durch Hinzupachtung oder Kauf
ihren Kleinbesitz vergrößern wollen, wird im neuen
Jahre erfüllt werden können. Die Reichs-
siedlungsordnung ist bereits Gesetz und die
Preussische Landesversammlung hat am
Montag das Ausführungs-gesetz hierzu verabschiedet.

Das R. E. G. bestimmt nun, daß die Bundesstaaten
verpflichtet sind, gemeinnützige Siedlungsunter-
nehmungen zu begründen, wo solche noch nicht
bestehen. Diese haben die Aufgabe, neue
Ansiedlungen zu schaffen sowie die bestehenden
Kleinbetriebe bis zur Größe einer
selbständigen Ackerbauunternehmung zu
heben und den Landarbeitern Pachtland zu
beschaffen. Zu diesem Zweck ist den
gemeinnützigen Siedlungsunternehmen ein
Vorkaufrecht zugestanden bei Gehühren-,
Stempel- und Steuerfreiheit. Zur
Befreiung von Land ist der Großgrund-
besitz und, mit gewissen Einschränkungen,
auch die Domänen verpflichtet, der bis zu
einem Drittel der landwirtschaftlichen
Nutzfläche hergeben soll, wobei die
landwirtschaftliche Betriebszählung von
1907 zugrunde gelegt wird.

Die Landlieferer werden zu
Landlieferer-verbänden zusammengeschlossen,
die geeignetes Land für einen angemessenen
Preis an die gemeinnützigen Siedlungs-
unternehmen zu liefern haben. Als
angemessen gilt der gemeine Wert und
nicht die durch den Krieg verursachten
außerordentlichen Preisverhältnisse. Im
Streitfall entscheidet die Spruchkammer
des Landwirtschaftsministeriums.

Auch die Enteignung ist zulässig,
und zwar auf Antrag des Siedlungs-
unternehmers oder des Landlieferer-
verbandes oder der Landgemeinde.
Letztere, wenn das nötige Pachtland
für Landarbeiter nicht bereitsteht; wobei
auch Zwangspachtung zulässig ist.

In erster Linie sollen solche Güter
für Siedlungszwecke verwendet werden,
die während des Krieges erworben sind
von Personen, die die Landwirtschaft
nicht als Hauptberuf betreiben (Kriegs-
gewinnler). Ferner Güter, die als
Spekulationsobjekte dienen oder solche,
die vom Besitzer nicht selbst oder
schlecht bewirtschaftet werden, und
schließlich Güter, die einen ungewöhnlichen
Umsatz haben. Dagegen sollen
Mustergrüter, die in wirtschaftlicher
wie sozialer Hinsicht vorbildlich wirken,
möglichst gespart werden.

Das Siedlungsunternehmen hat ein
Wiederkaufrecht an die von ihm
begründete Siedlerstelle, wenn der
Ansiedler sie ganz oder teilweise
veräußert oder aufgibt, oder wenn er
sie nicht dauernd bewohnt oder
bewirtschaftet. Die Siedlerstellen sollen
eben keine Spekulationsobjekte sein.
Das preussische Ausführungs-gesetz
§ 35 sieht dies vor. Dem früheren
Eigentümer steht auch ein
Wiederkaufrecht zu, wenn das
Siedlungsunternehmen das erworbene
Grundstück nicht innerhalb zehn
Jahren für Siedlungszwecke verwendet.

Pachtland für die Landarbeiter
bereitzustellen, ist die Aufgabe der
Landgemeinden oder Gutsbesitzer.
Landarbeiter im Sinne des Gesetzes
ist derjenige, der ständig im
landwirtschaftlichen Betrieb seines
Bezirks beschäftigt ist. Einem solchen
Arbeiter soll Gelegenheit gegeben
werden, gegen angemessene
Entschädigung Land zur Nutzung
oder für den Bedarf des Haushalts
zu pachten. Dieses Land muß noch
Beschaffenheit und örtlicher Lage
dazu geeignet sein. Zur Vergabe
des Landes ist in erster Linie der
Arbeitgeber verpflichtet, bei dem der
Arbeiter beschäftigt ist. Durch dieses
Pachtland gerät der Arbeiter aber in
kein Abhängigkeitsverhältnis zum
Arbeitgeber. Viele Pachtverträge
sind vielmehr schriftlich und
gesondert von Lohn- und
Arbeitsverträgen festzusetzen. Ist
Land unwillig nicht zu erhalten, so
kann die Gemeinde durch
Enteignung oder Zwangspachtung
zwangsmäßig vorgehen. Die
Anordnungen hierzu werden vom
Vorsitzer des Kultusministeriums
getroffen.

Von großer Bedeutung für die
Landarbeiter auf solchen Gütern oder
Domänen, die besiedelt werden, ist
auch die Bestimmung im
preussischen Ausführungs-gesetz,
daß die Arbeiter auf Wunsch
nach Möglichkeit in Eigen- oder
Pachtstellen anzustellen sind. Ist
dies nicht möglich und Arbeiter
und Angestellten werden
arbeitslos, so muß ihnen eine
entsprechende anderweitige
angemessene Beschäftigung
nachgewiesen werden. Andernfalls
muß ihnen das Siedlungs-
unternehmen bis zu einem
halben Jahre eine Unter-
stützung gewähren, die nicht
weniger als dreiviertel des
entgangenen Arbeitsverdienstes
betrogen darf. Ist ein Woh-

Eine amerikanische Aktion.

Im Ausschuß des Repräsentantenhauses wird ein
Antrag beraten, einen

Gesandten bei der irischen Republik

zu ernennen. Man begründet ihn mit dem
Selbstbestimmungsrecht Irlands, das auch die
Freiheit der Meere sichern würde. Diese
Aktion soll wohl die bereits angekündigte
Gewährung der Selbstregierung an Irland
beschleunigen und bis zur Selbständigkeit
erweitern.

Bei neuen Angriffen auf Polizeistationen in
Irland wurden vier Polizisten getötet.

Baltikum-Ende.

Die Eisenbahn bis zur deutschen Grenze ist an
die Litauer übergeben worden. Die „deutsche
Legion“ ist vollständig diesseits der Grenze.
Der Bahntransport ins innere Deutschland
beginnt. Von der „Eisernen Division“ sind nur
noch schwache Abteilungen jenseits der
Grenze. Diese werden am Montag die
Grenze überschreiten. Der Abtransport der
„Eisernen Division“ in das innere
Deutschland soll nach einigen
Tagen beginnen.

Auf dem Programm der neuen
Umanis-Regierung Lettlands steht u. a. der
Kampf gegen Sowjetrußland, das sein
Gebiet bedrohe, und die
Herbeiführung des Friedenszustandes mit
Deutschland.

Die Wirtschaftskrise Frankreichs.

Der bekannte französische
Nationalökonom Charles Gide ist von der
„Humanité“ befragt worden, mit welchen
Mitteln die gegenwärtige
Wirtschaftskrise Frankreichs bekämpft
werden könne, insbesondere die
Entwertung des französischen Geldes.
Gide antwortete, die Befundung der
französischen Wirtschaft sei nur
dadurch möglich, daß ein Teil des
Goldes wieder in Umlauf gesetzt
werde und zugleich die Handels-
beziehungen mit Deutschland und mit
Rußland wieder hergestellt werden.

Hamburgs Kohlennot.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die immer größer werdende
Kohlennot der Kohlenwirtschaft
in Hamburg hat zu erneuten
Maßnahmen veranlaßt. Von heute
an werden die Theater und
essentiellen Betriebe aller Art von
1/2 Uhr abends ab kein
elektrisches Licht mehr erhalten.
Heute wurden die Betriebe der
Straßenbahn und der großen
Lichtversorgung Hamburgs sowie
auch die gesamte Industrie von
Hamburg, Altona und Wandsbek
vom Leitungsgesetz der elektrischen
Werke wiederholt abgeschnitten.
Die Bekanntmachung der
Kohlenwirtschaftsbehörde schließt
mit der Mitteilung, daß man sich
noch auf weit schwierigere
Verhältnisse gefaßt machen müsse.

Währungswechsel notwendig, so
müssen auch die Umzugskosten
bezahlt werden.

Der Zweck der Siedlung ist nun
gewiß nicht der, nur den
Landhunger der Vielen zu
befriedigen, die nur die gute
Meinung von sich haben, zum
Siedler bestimmt zu sein. Die
Menschen sollen aufs Land, die
auf dem Lande ansässig werden
wollen. Ihnen bei ihrer
gewissen harten und schweren
Arbeit ein gesichertes und
autonomes Leben ermöglicht
werden. Der Zweigbetrieb mit
seinem Hungerdasein neben dem
unabsehbaren Großbesitz ist
ebenso unnatürlich wie der
vollständig heftige und darum an
der Bewirtschaftung uninteressierte
Landarbeiter im Dienste
seines Herrn. Und da das
sozialdemokratische Ideal: die
Gemeinwirtschaft, auf dem
Land noch sehr wenig Eingang
gefunden hat, so müssen wir
uns mit der Absicht der
gesunden Mischung von
Groß-, Mittel- und Kleinbesitz
abfinden. Der Zweck der
Siedlung ist die Versorgung
Deutschlands durch
Eigenschaft. Die 200 000 bis
300 000 Familien, die
angestiedelt werden sollen,
sollen auch die 655 000
Hektar Moor- und
Waldland in Weide- und
Ackerland verwandelt werden,
um Milch- und Fleischquellen
der Städte zu sein. Und dies
könnte in absehbarer
Zeit geschehen, wenn der
Krieg nicht auch hier wie
überall die Vorbedingungen
zerstört hätte. Geld,
Materialien fehlen, und an
diesem Mangel wird
manches Siedlungsunternehmen
heute scheitern. Man wird
sich also zunächst auf das
schon erschlossene Land
beschränken müssen. Die
Verabschiedung des
Ausführungs-gesetzes in der
Preussischen Landes-
versammlung ist gewiß
eine ebensolche
Schwergewalt wie das
R. E. G. im Reichstage.
Dort oder hier als
Nichtschadur die
Verordnung vom 29.
Januar 1919

vor; hier im Bandtage galt es zu
retten, was zu retten war bei
der Ausführung des Gesetzes. —
Enteignung und Zwangspachtung
sind für den Besitzer keine
angenehmen Ausblicke, und selbst
die Entschädigungen, die sogar
angemessen sein sollen, helfen
ihn nicht über das bittere Gefühl
hinweg, daß er sich von einem
Teil seines Besitzes trennen
soll. Der Großgrundbesitz,
insbesondere der jüdische,
aber mag sich trösten mit den
von ihm früher gelegten
Bauern, die auf keinen
angemessenen Kaufpreis
Anspruch hatten. Wenn nun
der Großbesitz einen Teil
seines Zuwickeln opfern muß
an die Zielzwecke, die wenig
oder gar nichts haben und
dafür noch angemessen
bezahlt bekommt, dann
braucht er sich über die
widerwärtige Nemesis
wahrhaftig nicht zu
beflagen. W. Paetzl.

Die Londoner Besprechungen.

Die vorliegenden
Mitteilungen über die
Besprechungen, die in der
Downing Street in London
stattgefunden, zeichnen sich
nicht übermäßig durch
 Klarheit aus. Für
Deutschland sind die
Ergebnisse der
Beratungen deshalb von
besonderem Interesse, weil
von ihnen wesentlich die
Galtung der Alliierten bei
der Durchführung des
Friedensvertrages abhängt.
Der amtliche Bericht sagt
darüber nichts. Es ist ein
Kabinettsstück der
Geheimdiplomatie und
verpflichtet, daß die
Konferenz sich durch
„außerordentliche Herzlichkeit“
auszeichnete und daß
über alle Fragen „vollkommene
Übereinstimmung erzielt“
wurde. Es ist also dem
äußeren Anschein nach
alles in bester Ordnung.
Der „New York Herald“
zählt in seiner Pariser
Ausgabe folgende
Beschlüsse auf, die in
London gefaßt worden
sein sollen:

- 1. Es wurde festgestellt,
welche der amerikanischen
Vorbehalte für die
europäischen Alliierten
annehmbar seien und
welche nicht.
2. wurde für Frankreich,
Italien und England eine
neue Erklärung
abgegeben, die besagt,
daß die Rache seien
fest entschlossen, von
Deutschland die
unbedingte Durchführung
des Friedensvertrages
ohne Änderung zu
verlangen, und falls
Deutschland sich
weigern sollte, es mit
Gewalt dazu zu
zwingen. Von
amerikanischer Seite
seit erklärt worden
sein, daß auch die
Vereinigten Staaten
bereit wären, mit
den übrigen Alliierten
in dieser Hinsicht
zusammenzuarbeiten,
und wenn nötig,
militärische Hilfe zu
leisten.
3. wurden wichtige
Beschlüsse bezüglich
der adriatischen
Frage gefaßt. Der
italienische Minister
des Auswärtigen
wurde von dem
Plan der Alliierten in
Kenntnis gesetzt
und wird ihn in
Nomen dem
Ministerrat vorlegen.
4. wurde zwischen
Frankreich und
England ein
Finanzabkommen
getroffen. Danach
wird den Banken
erlaubt, Kredite
für längere
Zeiträume zu
gewähren, um
den französischen
Wirtschaftsleben
wieder aufzuleben.
5. wurde eine
Grundlage für
einen endgültigen
Verband zwischen
Frankreich und
England
geschaffen, dem
auch Italien
beitreten soll, falls
Amerika in
seiner neutralen
Stellung
verharret.
6. wurden
Beschlüsse gefaßt,
die die Möglichkeit
eines raschen
Friedensschlusses
mit der Türkei
gewährleisten.
7. wurde die
bereits bekannte
Errichtung des
Rates der
Ministerpräsidenten
beschlossen, zu
dem auch, wie
man hofft, ein
Vertreter der
Vereinigten
Staaten
hinzutreten
soll.
8. geht schon
daraus hervor,
daß man sich
der Galtung
Amerikas
durchaus nicht
so sicher ist,
wie der
amtliche
Bericht es
darstellt, so
lassen die
Mitteilungen
aus Italien
erkennen,
daß man
dort nicht
geonnen ist,
das
Ränkepiel
einer
neuen
Allianz
mitzumachen.

Italiens Stellung.

Der
österreichische
Mitarbeiter
des „Avanti“
teilt mit,
daß man
immer
bestimmter
mit einer
Beteiligung
Italiens
an einem
französisch-
englischen
Defensivbündnis
rechne. Als
Kompensation
würde
Italien
freie
Hand in
der
Adria
erhalten. „Avanti“
fordert
die
Regierung
auf, sofort
Erklärungen
darüber
abzugeben.
Die
sozialistische
Fraktion
müsse
die
Regierung
außerdem
mit der
größten
Energie
karmachen,
daß sich
die
gesamte
Arbeiter-
schaft
gegen
eine
solche
politische
Bindung
wenden
und
einen
etwaigen
Vertrag
für
null
und
nichtig
halten
würde.

In
einer
Kammerrede
bestritt
Nitti,
daß
die
Regierung
zurzeit
über
den
Abschluß
internationaler
Verträge
verhandelt.
Sein
Vertrag,
der
hinab
für
die
Zukunft
Italiens
sei,
würde
ohne
Befragung
der
Kammer
geschlossen
werden.
Ebenso
wenig
denke
die
Regierung
daran,
der
Entscheidung
über
die
Sollfrage
durch
Einführung
von
Einzugs-
steuern
auf
dem
Wege
eines
königlichen
Erlasses
vorzugreifen.
Die
für
die
Übergangszeit
notwendigen
Zellmaßnahmen
würden
ebenfalls
vorher
dem
Parlament
zur
Genehmigung
vorgelegt
werden.

Fortschritt der Bündnisverhandlungen.

Mit dem Besuche Clemenceaus in London sind die Bündnisverhandlungen noch nicht erledigt.

Für die Reichseinheit!

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Montag nachmittag mit dem Antrag der preussischen Abgeordneten Weitz, Gortz, Friedberg...

Ein Protest.

Zu dem in der Montag-Ausgabe veröffentlichten Protest des Bundes der unabhängigen Schullehrer werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der Kultusminister Genosse Haenisch bereits vor einer Woche in der Preussischen Landesversammlung Mitteilung gemacht hat...

Noch eine Berichtigung.

Von Albert Baumeister erhalten wir im Anschluß an den Artikel Elzard-Baumeister vom 1. Dezember 1919 folgende weitere Berichtigung:

Es ist unklar, daß ich ganz genaues Einverständnis in die Geschäfte von Barbus und Elzard während meiner langen Tätigkeit im Verlag für Sozialwissenschaft hatte.

Dieser Berichtigung gegenüber, die übrigens um die springenden Punkte des Artikels herumgeht, wie die Nähe um den heißen Brei, halten wir die Angaben des Artikels vollkommen aufrecht.

Schillings' Werke und Quartettmusik.

Konzert-Umschau.

Max Schillings, der sich in den Cereus der Intendantur noch allen Kräfte mährt, aus alt verheubtem Schlandrian in reine Lust durchzulommen, fand in letzter Woche zweimal Zeit, Auführungen und Proben eigener Werke zu leiten.

Hat Schillings hier einmal einen Mangel an Einfalt in eine immerhin respektable instrumentale Form gegossen, so begegnete uns ein anderes Werk eines bedeutenden Künstlers, das bei gleicher Erfindungsreife auch nicht einmal formale Sicherheit behandelt.

(A. D. Welt am Montag, "Morgenpost" usw.) die Behauptung aufsteigt, sozialistische Schriftsteller wären zur Mitarbeit bei dem Vorlage durch "Hörsenhonore" veranlaßt worden...

Zentrumsniederlagen am Niederrhein.

Bei den Gemeinderatswahlen in Herzogenrath entfielen auf das Zentrum 11, die Mittelstandsgruppe 4, die Arbeitergruppen 7, die Bürgerpartei 3 und die Mehrheitssozialisten 5 Sitze.

Warum Kilian verurteilt wurde.

Die P. P. N. schreiben:

Die Monate Januar, Februar, März waren für ganz Mitteldeutschland eine Zeit der schlimmsten Unruhen und Halle selbst war deren Mittel- und Ausgangspunkt.

Der dreiwöchige Generalfreil im mitteldeutschen Kohlenrevier, dem sich die Metallarbeiter und vor allem auch die Eisenbahner angeschlossen hatten, war von latenter Wirkung...

Mutigigen Epikura

der Nachweilungskzeit geführt haben. Die unheilbare Lage, in die der Generalfreil die Stadt Halle gebracht hatte...

wenigere Tage hingehenden Reihe von Mutigen Kämpfen, denen nicht weniger als 86 Tote und 100 Verwundete zum Opfer fielen und bei denen der Stadt außerordentlich hoher materieller Schaden entstand.

Kilian nachgewiesen,

daß er sowohl als Redner, wie auch durch Verbreitung von Flugblättern in dieser Hinsicht auf die Menge einwirkte...

Wir können nicht nachprüfen, inwiefern Kilian eine Mitschuld an diesen unglücklichen Taten trägt. Allein, das weiß alle Welt, daß, wenn Kilian wirklich stets gegen Gewalttätigkeit aufgetreten wäre, wie die "Freiheit" behauptet, er hätte bei den Unabhängigen so festgestellt worden wäre wie Strobel und Restieple...

Der „Träger“ von Marburg.

Zus Marburg a. Sabn gehen uns folgende Zeilen zu die sich auf den Fall Träger beziehen:

Er ging auf eine „amtliche Reise“, wenigstens meldete dies sein Kollege in der Universität. Man wußte, wohin die Fahrt ging: Berlin.

Etliche Tage vergingen. Er kehrte zurück und las wieder. Und das Auditorium war bis zum letzten Platz gefüllt. Alles war gespannt; die einen, die mit ihrem Feldes sich eins fühlen im Denken und Handeln...

Und der alldemokratisch-reaktionäre Professor sprach also:

Wie Sie sehen, ist es mir nicht so schlimm ergangen! (Beifall des Halsabwändens; böhmisches Gelächter der Mehrheit.) Auch wird die Universität noch nicht geschlossen. (Lachen.)

Die Worte klingen und die begleitenden Gesien wie das Klappern des Schindens nach dem starken Mann, der als Sieger über den sozialdemokratischen Kultusminister heimgekehrt ist.

Die Deffenlichkeit wird ja auch in Zukunft erfahren, wozu der Dogen Träger seine Lebztätigkeit benutzen wird. In seinen Vorlesungen sitzen zwar keine „Demuzianten“, wohl aber Kontraktoren, die darauf achten werden, daß der alldemokratisch-reaktionäre Doyen keine Verschimpfungen der Regierungsmitglieder kritisch unangenehm läßt.

Lut er es nicht, dann wird der Träger von Marburg ganz sicherlich einfliegen. Trotz der starken Worte, die er seinen jubelnden Schülern jetzt geboten hat.

Was? Ich weiß es nicht; aber nach einer halben Stunde dieser Musik glaubte ich zu wissen, daß Schnabel zum Komponisten sein Talent hat.

Was Quartettmusik ist, und was Kunst des Zusammenspiels, lehrt mit einelnglichster Kraft Adolf Guich. Hier wächst das Quartett heran, das in jungem Ansturm den Höben Joachim'scher Welteseart entgegensteht.

Emmi Eisner bewährte ihre große Bildkraft wie längst im 19. Jhd. in romantischen Liebeskreis; doch liegt der dunklen Farbe ihres herrlichen Organs vielseitig Schubert am nächsten, Robert Schumann hat den Klang und den Atem...

Ginheim in der Schule. Die unvollständigen Ergebnisse der Einseitigen Melodietheorie befruchtigen die Engländer außerordentlich, und es ist hier und da gedehnt worden, daß ja nach diesen neuen Eindeutungen alle umlernen müßten...

Dr. Kurt Singer.

wagen auch auf dem Gebiete der Wissenschaft sein, so werde doch dadurch der Unterricht in der Schule nicht geändert. Die englischen Jungen müssen also weiter die Kongruenzsätze pauken, und doch waren schon so manche von ihnen mit Freuden „Einstreifen“ gemorden, weil sie glaubten, auf diese Weise von der Mathematik abläßt zu werden!

Werden in Zeiten der Hungersnot mehr Knaben als Mädchen geboren? Die biologische Forschung hat ergeben, daß in den vom weiblichen Geschlecht hervorgebrachten Keimzellen ausnahmslos nur die Anlagen für weibliches Geschlecht einfließen werden, während die männlichen Keimzellen je zur Hälfte männlich und weiblich entwicklungsfähig sind.

Von Gemäßleistung des Erfolges kann keine Rede sein. Es ist eben nicht gesagt, daß vom höchsten Ernährungszustand des Gesamtorganismus alle seine Zellen mitbetroffen werden müssen; bestimmte Zellarten bestehen es sich auf Kosten ihrer Nachbarzellen, oder auch weiter entfernter Zellgruppen, gut zu ernähren.

Das Mytherium im Marionetten-Theater. Das Programm der von Wilhelm von Scholz, im Mytherium, das in einer Reihe von Städten zur Aufführung gelangt, geht am Mittwoch nach in Berlin und zwar in Subhansp's Marionettentheater im Schlosshof des Schiller-Theaters, Charlottenburg, in Szene.

Weilbachs Musik altge und neuer Zeit bringen zwei Orgelkonzerte die am Donnerstag 8 Uhr im Dom und der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche unter Mitwirkung hervorragender Künstler stattfinden.

Herausforderung und Abfertigung.

Die preussische Landesversammlung stimmt am Montag zunächst einem Antrag des Ausschusses für Bevölkerungs- politik zu, wonach die Bestimmungen über die Reichswahlhilfe mit der Neuordnung des preussischen Wahlgesetzes in Einklang gebracht werden sollen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum

Reichsiedlungsgesetz.

Abg. Langer-Gunneborf (Soz.): Wir behauern, daß das Gesetz nicht schon viel eher gekommen ist. Wir begrüßen namentlich seine Hilfe für die kleine Wirtschaft. Der völligen Verschönerung der Großbetriebe reden wir nicht das Wort, wünschen aber die Verhinderung unrentabler Wirtschaft. Auch die Landarbeitern müssen über ein Stück Land verfügen können. Den Gegnern der Enteignung halten wir entgegen, daß man auch früher mit Zwangsmassnahmen, ohne die es nun einmal nicht geht, nicht kleinlich gewesen ist, wenn man sie auch nur gegen Oppositionelle anwendete.

Abg. Schulte (Z.): Früher haben wir Kolonialpolitik getrieben, aber leider die innere Kolonisation vergessen. Wir hoffen wir nicht nur die Kolonien verloren, sondern im Osten auch weite Gebiete eingebüßt, die für die Ansiedlung vorzüglich geeignet gewesen wären. Wir stimmen dem Gesetz zu.

Abg. Dechenard (Dem.): Die Ansiedlung ist für die Wiedergeburt Deutschlands von größter Bedeutung. Vor allem müssen gesunde Bürgerschaften geschaffen werden für die Freiheit des Einzelnen. Wir wollen ein freies Volk auf freiem Boden. (Beifall.)

Abg. Weisker (Nat. Vp.): Mit der Ansiedlung der Siedler allein ist es nicht getan. Man muß auch für die Lebensfähigkeit der neu ansiedelnden Landgemeinden sorgen, Schulen, Brunnen, Wege bauen, Meliorationen durchführen usw.

Abg. Mehrhof (U. Soz.): Wir sind grundsätzliche Gegner der Kleinsiedlung. Nur der Großbetrieb kann uns in der Ernährungsfrage am weitesten bringen. Sozialistische Grundbesitze sucht man in dem vorliegenden Entwurf vergebens. (Schloßt doch Brauchbares vor! Red.)

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen (lebh. Beifall), ebenso die Erweiterung des Stadtkreises Hannover gegen Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei. Danach tritt das Haus in die

dritte Beratung des Staatshaushaltsplans

für 1920 ein. Dazu liegt u. a. ein Antrag der drei Mehrheitsparteien auf baldige Schaffung des deutschen Einheitsstaates vor. Erhebt die preussische Verfassung zur Beratung kommt, soll die preussische Regierung über das Reich mit den Einzelstaaten zur Schaffung des deutschen Einheitsstaates in Verbindung treten.

Abg. Hauschild (Soz.):

Das einzige Mittel zum Wiederaufbau sehen wir in der demokratischen Republik. (Beifall links.) Staatsinteresse ist heute Volksinteresse, das müssen auch die Kommunisten einsehen; außerordentlich können sie auch monarchistisch wirken, amtliche Beeinflussungen in dieser Richtung verbieten wir uns aber. (Zustimmung links.) Von der Wiedereinführung der Monarchie trennt uns eine unüberbrückbare Kluft. Die Verwirklichung der Vorkriegsstände läßt erkennen, wie kümmerlich wir regiert worden sind. (Lebh. Zustimmung links.) Ich warne vor der Gegenrevolution. (Ruf: rechts: Im Interesse der Koalition!) Nein, zum Wohle des Volkes! Denn sie müßte uns im Innern und nach außen schaden. Die Unabhängigen mögen sich von dieser Warnung vor dem Bürgerkrieg zwischen Stadt und Land bestimmen lassen. Als wichtigsten Schritt zur Verankerung der Demokratie betrachten wir die

Schaffung eines deutschen Einheitsstaates

(Schloßt Beifall), den die Revolution leider nicht gebracht hat. Preußen hat in dieser Hinsicht eine erhebliche Bereitschaft zum Handeln im Einheitsstaat gezeigt. Unser Wirtschaftsleben beginnt wieder zu erstarren. Die Arbeit wird uns wieder auf die Höhe bringen. Die Rechte drängt auf Neuwahlen. Wir fürchten die Entscheidung nicht. Wir werden in den Kampf gehen mit dem Ruf: „Wieder die Republik! Es lebe das republikanische, sozialistische Deutschland!“ (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Gronowski (Z.): Wir sind in die Koalition eingetreten, um das Vaterland in seiner Not nicht im Stich zu lassen. Man sollte aber

die Koalition

nicht immer wieder zu scharfen Belastungsproben aufsehen und unserer Lebensauffassung entgegenkommender Rechnung tragen. (Sehr richtig!)

Abg. Dominicus (Dem.): Unser Interesse an der Erhaltung der Koalition ist in keiner Weise größer als das der anderen Parteien. (Lebh. Zustimmung b. d. Dem.) Kein Volkswahl darf gegen seinen Willen von Preußen abgetrennt werden; im ganzen sind wir aber gern bereit, jederzeit im Reich aufzugehen. Die Toleranz, die von den Sozialdemokraten in der Schulfrage gefordert worden ist, vermissen wir auf wirtschaftlichem Gebiet. Auf diesem ist die gewerkschaftliche und politische Unzufriedenheit geradezu unerträglich. Wir verlangen ein Gesetz gegen die wilden Streiks. Wenn im Käte-System etwas als Karikatur erscheint, dann sind das ganz besonders die Erwerbslosenfrage. (Sehr richtig! b. d. Dem.) Diese haben kein Interesse an der Arbeitsvermittlung, sondern an der Erhaltung möglichst vieler Erwerbsloser. Sie verfehlen den Erwerbslosen geradezu die landwirtschaftliche Tätigkeit. (Lebh. Beifall.)

Abg. Hergt (Nat. Vp.): Wir leben in dieser Regierung eine Regierung der Ohnmacht, Klatschhaftigkeit und Unproduktivität (Beifall rechts, große Unruhe links). Die preussische Regierung ist gegenüber der Reichsregierung immer schwach und einflusslos geblieben. Wir stimmen deshalb gegen den Haushalt. Unter Ordnungssystem bedeutet für uns ein großes Opfer. Die Disposition muß dafür sorgen, daß nichts Dummes geschieht. Die Strafe:

„Waren die Reaktionen am Zusammenbruch schuld“

oder die Sozialisten?“ wird im kommenden Wahlkampf eine große Rolle spielen. Durch die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen das Bürgertum würden wir im Jahrzehnte zurückkommen. Wir stehen auf dem Boden des gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts, heute und morgen und in alle Ewigkeit. (Stürmische Heiterkeit links.) Wir wollen eine soziale Volksmonarchie. (Stürmischer Gelächter links.) Wir sind keine Putzschiffen und haben keine Putzige nötig, denn heute schon

will das Volk die Monarchie.

(Stürmischer Gelächter links.) Die Regierung ist verantwortlich, auch für das, was nachfolgt. (Stürmische Zustimmung rechts. — Stürmische Juraufe links: Das gilt auch für die Regierung, der Sie angehört haben! Anhaltender Lärm.) Den Beschluß der Mehrheitsparteien zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates lehnen wir ab. Ein Teil meiner Freunde ist zwar ebenfalls für ein geeintes Deutschland, aber

unter einem deutschen Kaiser.

(Große Unruhe links.) Im übrigen stehen wir auf dem Boden des Bundesstaates. Geben Sie dem alten Preußen das Seine. (Stürmischer Beifall rechts.) Auch die stark besetzte mittlere Publikums- tribüne beteiligt sich daran mit andauerndem Handklatschen. Die Abgeordneten der Linken wenden sich nach der Tribüne um und erheben energischen Einspruch. Die Tribüne klatscht weiter. — Ununterbrochener Lärm. — Vizepräsident Freytag Klingelt minutenlang mit der Glocke. Schließlich bekommt er Gelegenheit zu erklären, daß die Tribüne sofort geräumt wird, wenn sie noch einmal Zeichen des Beifalles gibt. — Beifall der Mehrheit, erregte Proteste der Rechten. — Anhaltender Lärm.)

Finanzminister Dr. Siedelmann:

Die Kraftworte des Vordredners stehen in einem unangenehmen Gegensatz zu den Tatsachen und auch zu den Möglichkeiten der guten Erzielung. (Großer Lärm rechts, stürm. Zustimmung links.) Wir haben niemals Beschnürungsmaßnahmen getrieben. Ein Wort des Vordredners kann ich vollständig aufnehmen. Er sagte: „Eine Regierung sei nicht nur für sich selbst verantwortlich, sondern auch für das, was nachher kommt.“ Das war ein unbekanntes Wort. (Stürm. Sehr wahr! links.) Denn für einen verantwortlichen Teil der von dem Abg. Hergt vorgetragene Beschwerden trägt nicht die gegenwärtige Regierung die Schuld, sondern die Regierung, an der der Abg. Hergt als Minister teilgenommen hat. (Anbauende stürm. Zustimmung links, gr. Unruhe rechts.) Herr Hergt gebrauchte auch das merkwürdige Wort: „Ich habe meine Anschauungen nie geändert.“ Wenn das wirklich war wäre, dann hätte er niemals den Weg zu seinem Ministerposten gehen können. (Anhaltende Zustimmung links.) Denn mit den heute vorgetragenen Ansichten konnte man früher kein Minister werden. Die preussische Regierung ist immer lebhaft

für den Einheitsstaat

eingetreten, weil er einem jahrhundertlangen politischen Sehnen des deutschen Volkes entspricht. (Lebhaftes Sehr wahr! links.) Der Weg zum Einheitsstaat ist aber nur gangbar bei Vermeldung von inneren Erschütterungen. Nicht alle, die hinter dem monarchistischen Gedanken stehen, wollen dabei so friedlich vorgehen, wie Abg. Hergt. (Lärm rechts, stürmische Zustimmungsumgebungen links.) Die Kaiserkrone können Sie (zur Rechten) überhaupt nicht verwickeln! Das wird die Entente niemals zulassen. Die gestatteten Ihnen höchstens

einen Maharadscha.

Von rechts und von links stehen wir vor der schweren Gefahr der Entfesselung eines Bürgerkrieges. (Anhaltende Bewegung, lebhaftes Sehr wahr!) Zu der Reichsfinanzdebatte habe ich festzustellen, daß es für einen Reichsfinanzminister gar keinen anderen Weg zum Ziel gibt, als die äußerste Anspannung der Steuerkraft. Damit kommt er noch nicht einmal durch, angesichts der unerhörten Lasten, die uns noch drohen. (Ruf: rechts: Infolge der Revolution!) Nein, nicht infolge der Revolution, sondern infolge des moralischen Niedrucks der früher verantwortlichen Stellen, die sich in so leichtfertiger Weise jeglicher Verantwortung entziehen haben. (Langand. stürm. Zustimmung links.) Für die uns noch drohenden Lasten reicht auch die Steuerkraft nicht einmal aus. Dazu ist nötig die bessere Ausnutzung der Kohlenproduktion, der Luftschiffherstellung und die Fruchtbarmachung ähnlicher Ölquellen. Wir hoffen dadurch die Möglichkeit zu schaffen, unser Volk aus dem Elend herauszuführen; auch wenn wir die Unterfütterung des Ab. Hergt nicht finden, verfolgen wir diesen Weg unerschrocken. (Anh. leb. Beifall b. d. Rehd.)

Es spricht noch Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.). Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Weiterberatung. Schluß gegen 8 1/2 Uhr.

Begründung des Lindner-Urteils

In der Begründung heißt es: Auf die Kunde von dem Attentat auf Eisner begaben sich Lindner und Freisch in ihrer Eigenschaft als Angehörige des revolutionären Arbeiterrats in das rote Zimmer des Landtags, wo sie bereits mehrere Mitglieder des Arbeiterrats antraten. Das Gerücht, daß Auer bei dem Mord seine Hand im Spiel gehabt habe, wurde dort als eine so schreckliche Tatsache bezeichnet, daß sich Lindner und Freisch fanatischer Haß gegen Minister Auer, den sie als „Verräter der Revolution“ und „Vollverräter“ betraachtet haben wollten, nur noch steigerte. Schon auf dem Weg zum Landtagsgebäude hatte Lindner dem Freisch erklärt: „Wenn es so ist, gehört der Auer erschossen.“ Als nun noch die Nachricht in das Zimmer kam, daß Auer den Ruch auf Eisner vor dem Landtage halte, handelte Lindner und Freisch aus, um in den Saal einzudringen

und den Tod Eisners zu rächen. Beide Angeklagte hatten Revolver in der Hand und gaben ausdrücklich ihre verbrecherische Absicht zu erkennen. In der Erkenntnis, daß Gefahr drohe, stellten sich ihnen einige Personen entgegen, Lindner schloßerte sie jedoch beiseite und entfloß unter der Bemerkung eines Arbeiterratsmitglieds: „Laßt sie laufen, wenn sie in ihr Verbrechen trennen wollen.“ So kamen beide Angeklagte in den Saal. Lindner schrie: „Der Keil muß hin“ und beschimpfte Leute, die ihn aufhalten wollten, mit dem Ruf: „Ihr seid auch solche Schlawiner, Ihr müßt auch noch hin“. Im Sitzungssaal angekommen, gab sich

Freisch zur Deckung Lindners

ber und dieser schoß aus nächster Nähe auf den Minister Auer, der durch beide Schüsse höchst gefährlich verletzt wurde. Nach der Tat folgte der unbewaffnete Major Gareis Lindner mit beiden Armen und es kam zu einem kurzen Ringen. Während desselben gelang es Lindner, den Major zu erwischen. Gleichzeitig fielen mehrere Schüsse von der Tribüne und im Saal. Die Schüsse waren zweifellos Gefährdungsgenossen Lindners. Sie sind bisher nicht bekannt geworden. Durch einen dieser Schüsse wurde Abg. Dr. Diel getötet. Eine Reihe von Umständen, so vor allem die von Lindner und Freisch schon vorher ausgestoßenen Todesdrohungen, sprechen für einen

wohlvorbereiteten Anschlag

auf Auer. Trotzdem hat das Gericht nicht mit Sicherheit feststellen können, daß ein Komplott vorlag, es hat vielmehr die außergewöhnlich große Erregung, in der beide Angeklagte handelten, zum Anlaß genommen, um auszusprechen, daß eine Ueberlegung bei ihnen nicht vorhanden war, obwohl ein Vorbehalt zur Tat unabweisbar vorlag. Es ging dies bei Lindner aus der Drohung mit der Tat, aus deren Ausführung und vor allem daraus, daß er aus allernächster Nähe auf den Minister geschossen hat, hervor. Freisch hat im Einverständnis und Zusammenwirken mit Lindner gehandelt. Er verließ mit ihm zusammen das Zimmer, betrat gleichzeitig den Sitzungssaal, handelte ihm bei und verhielt sich mit ihm gemeinsam. Es ist unabweisbar, daß er seinen Mitangeklagten decken wollte. (Freisch lächelt höflich.) Er war es auch, der unter den fortwährenden Rufen: „Auer ist getötet, Kopfhafter und Timm kommen auch noch heran“, den aus dem Landtagsgebäude kommenden Soldaten und Arbeiterräten voranmarschierte und gleichzeitig zum Schuß des revolutionären Arbeiterrates aufforderte. Er hätte Zeit gehabt, dem Attentäter in den Arm zu fallen und hat so seine hohe Absicht deutlich kundgetan. Er hat jedoch nicht mitgeschossen. Lindner hat den Major Gareis niedergeschossen, um sich der Festnahme auf frischer Tat zu entziehen. Das ist nicht als Notwehr anzusehen. Gareis war unbewaffnet und kein einziger Zeuge hat beobachtet, daß er etwas zu seinem eigenen Schutze getan hätte. Lindner war durchaus nicht im Zweifel, daß er festgenommen werden sollte. Er hat seinem Gegner die Waffe fast auf den Hals gelegt. Es ist daher bei der Ermordung Auers verächtlicher Totschlag durch Lindner, bei der Tötung des Major Gareis erschwerter Totschlag angenommen.

Freisch und Lindner sind nach den ärztlichen Gutachten vollkommen zurechnungsfähig. Wenn nun auch das Gericht der Ueberzeugung ist, daß auf eine Störung des Landtags hingearbeitet wurde, so ist doch in der Hauptverhandlung nicht bewiesen, daß der Anschlag der beiden Angeklagten auf Auer in diesem Komplott vor- gegeben war. Es kann auch angenommen werden, daß die Angeklagten durch die vorhandene Erregung und infolge Erschütterung zu ihrer Straftat bewegt sind, und dies ist bei der Strafzumessung

mitzuber-

in Rücksicht gezogen worden. Fremde Vernehmung kam dazwischen und daneben die außergewöhnliche Reichart des Lindner. Bei Freisch ist dessen bisherige Straflosigkeit und der Umstand, daß er nicht mitschloß, strafmildernd in Betracht gezogen worden. Lindners Tat ist unangenehm roh und brutal. Es werden voraussichtlich Jahre vergehen, ehe Minister Auer wieder vollständig hergestellt sein wird. Für das Verschulden Lindners und Genossen sind deshalb die bekannten Strafen festgelegt worden. Von der Anklage des Mordes an dem Abg. Diel wurde Lindner freigesprochen, weil die Möglichkeit vorliegt, daß ein anderer den Schuß abgefeuert hat.

Nach der Verhandlung

des Urteils rief Freisch in den Saal hinein, er sei unschuldig verurteilt worden. Er habe nichts mit der Sache zu schaffen. Der Angeklagte Lindner geriet gleichzeitig in große Erregung und schrie: „Ja, wenn ich ein Graf Arco oder ein Oberleutnant Bogel oder ein Markos wäre, dann hätte man mir noch falsche Pässe beschafft. Aber man hat ja nur einen armen Profetartier vor sich!“ Die Hauptangeklagten wurden darauf in die Untersuchungshaft zurückgeführt.

Jugendveranstaltungen.

- Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Tr. Heute: Schimmelporabend.
- Kordok. Jugendheim, Gemeindefschule, Chiffburger Str. 14. Heute: Lesabend.
- Abt. Moabit. Jugendheim, Gemeindefschule, Turmstr. 75/90. Heute: Lyriker Abend.
- Rosenhater Vorstadt. Jugendheim, Gemeindefschule, Bergstr. 58. Heute: Mädchenabend.
- Treptow-Vannushulenberg. Jugendheim, Menstr. 8. Heute 7 Uhr: Unterhaltungsabend.
- Abt. Niederschneeweide. Jugendklubzimmer, Gemeindefschule, Berliner Str. 31. Heute: Lesabend.
- Niederschneehausen. Jugendheim, Lokal Kasse, Kaiser-Wilhelm-Str. 10. Heute abend: Vortrag „Die Germanen“.
- Pankow. Jugendheim, Anabermittelschule, Feldenkaal. Heute: Diskussionsabend: Die Arbeit der Funktionäre.
- Spandau. Jugendheim, Oberholzgrün, Kästnering. Heute: Diskussionsabend.
- Staaken. Jugendheim, Gartenstadtschule. Heute: Lesabend.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Weiß mulliges Wolltuch und leichter Stoff bei mäßigen üblichen Wenden. Keine erheblichen Niederschläge.

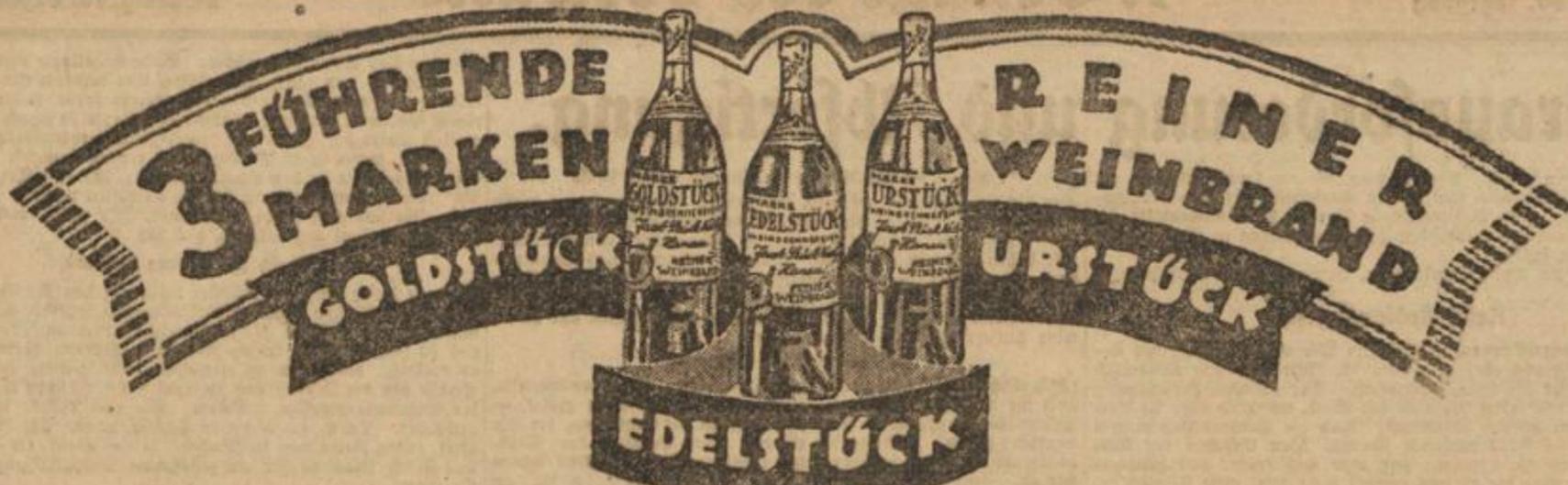
Elektrische Installationsarbeiten

sofort ausführbar!

für Fabriken, Werkstätten, Wohnungen, Geschäftskontore usw.
Wohnungsinstalltionen auf Wunsch gegen Amortisation.
Technische Ratsschlüsse (Ingenieurbesuch) kostenlos

Ausstellung von Beleuchtungskörpern jeder Art
Kommandantenstraße 85/83 am Dönhofsplatz.

Stadtabteilung der Auerlicht-Gesellschaft, Berlin O 12.
Rotherstraße 8/12 Fernsprecher: Alexander 143-1447



Jacob Stück Nachf.

Weinbrennereien Hanau M.

General-Vertreter: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 23a.

Opernhaus.
Tiefeland.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Peer Gynt.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
Zum ersten Male!
7 Uhr: Und Pippa tanzt.
Mitw. 7 1/2: Jaakobs Traum.
Kammerspiele.

7 Uhr: **Advent.**
Mitw. 7 1/2: Gespensterkonzert.

Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7 1/2: Orestis (13. Abt. I. Abd.)
Mitw. 7 1/2: Orestis (14. A., I. A.)
Theater L. d.

Königgrätzerstraße
1/2 U. Schloß Wetterstein
Mitw. Schloß Wetterstein
Donst. Schloß Wetterstein
Freitag: Ein Trauerspiel
Sonnb. Schloß Wetterstein

Komödienhaus
1/2 U. 8. Stg.
Mittwoch: 8. Stg.
Donnerstag: 8. Stg.
Freitag: Liselott v. d. Pfalz
Sonntag: 8. Stg.

Berliner Theater
7.15 U.: **Bummel-Studenten**
Mittwoch Nachm. 3 Uhr:
Wohltätigkeits-Vorstellung
zugunsten der notleid. Wiener
Sterne, die wied. leuchten
Billets a. 6. Theaterkasse und
Deutsch. Heimv. Potsd. 9 v. 66.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Fäschingsstec.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Magdalena.**
Die Tribüne.
7 1/2 Uhr: „Die Wandlung.“
Eden-Theater
7 1/2 U.: „U. A. W. G.“
Friedr.-Wilhelmstr. Th.

7 1/2 Uhr: **Gretchen.**
Kleines Theater.
7 1/2 U.: Die unberührte Frau
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 U.: **Albine und Aufjust**
oder: Freut Euch d. Lebens
Komische Oper
7 1/2 U.: **Liebeszauber.**
Lustspielhaus
Arnold Rick in:
7 1/2 U.: Der Großstadt-Kavaller
Metropol-Theater.
7 Uhr: **Sybill**
Neues Operettenhaus.
7 1/2 U.: Die Dame vom Zirkus
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 U.: **Verschönerung des Fleisens**
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Die närrische Liebe.
Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 U.: Die Waise aus Löwend.
7 1/2 Uhr:
Der Hofgeheule
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Frau im Hermelin
Theater d. Friedrichstadt
7 1/2 Uhr: Die Rutschbahn.
Wallner-Theater
7.15 Uhr: **Eine Ballnacht.**

Residenz - Theater.
Täglich 1/2 Uhr:
Evchen Humbrecht.
Mittwoch 4 U.: Rotkäppchen.
Donnerst. 4: Schneewittchen.
Freitag 4: Max und Moritz.

Trianon-Theater.
Täglich 1/2 Uhr:
Maskerade.
Mittwoch 4: Schneewittchen.
Donnerstag 4: Rotkäppchen.
Freitag 4: Hansel und Gretel.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Am goldenen Horn.

Volksbühne (Deutsches)
7 1/2 Uhr: Predigt in Litauen.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
Dienstag bis Donnerstag 7 1/2: Fygmillion.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich
7 1/2 Uhr: **Cyprienne.**
(Leop. Konstantin, Kurt Götz, Erich Walter.)

Rose-Theater.
Erstaufführung 7 1/2 Uhr:
Rose Frommholdt.

Casino - Theater
Lothringenstr. 37. Tägl. 7 1/2 U.:
Schnepels Lene
Berliner Volksstück I. 3 Aufz.
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Viktor Litzeck L. d. Op. Sketch
„Erwischte.“
Stg. 3 1/2: Ein sauberes Klebblatt

Apollo
Theater
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 218
7 1/2 Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Dezember 1919
Unübertreffliches
Variété-Programm
U. A.:

Lo Kittay
der weltberühmte
Gedankenüber-
trager, macht jed.
Menschen willen-
los. Zum 1. Male a.
ein Variété-Öhne

Gambins Todessprung
aus der V. Etage
4 Rongbys
Fliegende Akrobaten
12 Variété-Sensation.
Stg. 3 1/2 | Erw. 1 K. fr

Passage Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Sollman.
2 Aufführungen 2
Das Recht
der
freien Siehe.
Aufsehenerregend. Drama
in 7 Akten; der größte
Film der Gegenwart, wob-
bei die Schöpfung ihren
Höhepunkt erreicht.
Hauptrolle:
Magnus Ritter
Käte Richter
Pietro Scholz.
Karlchen
wird eingesehlt.
Lustspiel in einem Akt.
Hauptrolle:
Karlchen Plogge.
Billetverkauf 6 Uhr.
Leit. Vorstg. 1/2 - 1/2 U.

METROPO
KABARETT
BEHRENTS 3-4

SENDA
SÖNELAND
in ihrem
SKETCH
Pst-Pst
mit Fritz Berger
MUSIK - STROM - GEMILCH
Ausscheidung hervorragend
DEZEMBER-PROGRAMM

Schalla-Films
Paul Grötsch
Charlotte Dorres
Blasinda Ebling
Lala Herdmenger
Hans Junkermann
G. v. Wangenheim
H. H. v. Twardowski
Friedr. Hollnender
Kluband
Eröfn. 7 1/2, Beginn 8 1/2

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2 u. 7 1/2
Heute Dienstag wieder
vollst. Circus-Prgr.!!
sowie zum Schluß:
Tragikom. Pantomime
„Aphrodite“

Residenz-Kasino
und Blumen-Diele
Blumenstraße 10
Täglich:
Ball- u. Tanz-Vor-
führungen
Anfang 7 Uhr.

Winter-Garten
7.15 Uhr:
Variété-Spielplan
Rancken gestattet!

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Reichshall-Theater
Wende 7 1/2 u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr:
Stett. Sänger
Weihnachts-Br.
Kor. ermäß. Fr.
Reichshallen-G.
Dönhofs-Brech.

B.T.D.
Potsdamer Str. 38
Turnstr. 12
Lotte Neumann
in
Das Schicksal der
Carola von Geldern.
Außerdem das Lustspiel:
Der Mann
seiner Tochter.
Friedrichstr. 14.
Alexand. Platz - Passage
„LIPP“

Zigarren
garant. rein Uberssee
von 600 Mk. an.
Präsentkistchen
25 Stück von 20 M. an
Goldstake - Oro
Dicke Türken
sowie deutsche Marken.
Nordhäuser
Kautabak l. Roll. u. Stang
jeden Posten abzugeben.
Zigarren-Haus
Gebr. Schanzer,
Friedrichstr. 243 (Halt. Tor)
Alexand. Str. 9 (N. Pol.-Pr.)

UFA-PALAST
AM ZOO

Beginn: 7 und 9 Uhr
Allabendlich mit
stürmischem Deftak!

Die Puppe
mit Ossi Oswald
Regie: Ernst Lubitsch
und
persönliches Auftreten
BALLETT
CHARELL
20 Tänzerinnen und Tänzer

Abgeschlossen pünktlich be-
ginnende Vorstellungen. Während
der Vorstellung kein Einlass!

Vorverkauf täglich 11 bis 1 (ohne Aufschlag)

Tomdorf-Betriebe
St. Hans Restaurant

Studen-Restaurant
Unter den Linden 44
und Friedrichstraße 87
**Docuemes Wein-
und Bier-Restaurant**
Beste Pflege edler Biere
Spezialität: Pilsener Beerweil
Stettin- und Pilsener
Biere u. Wein
Kapseln
Kapseln
Kapseln

Tomdorf
Kaffee - Diele - Bar
Wende Wein-Restaurant
Kapseln u. Wein-Restaurant
Kapseln
Kapseln
Kapseln

Die obige
Schutzmarke
und der Name
Gramola
bieten Gewähr für die unerreichte
Qualität unserer Grammophone
Gramophon-Spezialhaus
Berlin, W. 9, Unter den Linden
1. Bahn, Friedrichstraße

Brillanten Juwelen
Berlen
Ballhausstr., Friedrichstr. 158, Schöpl., Ecke Unter den
Linden, gegenüb. d. Dittorio-Café, Centr. 1060

Das geeignetste Weihnachtsgeschenk
vor Eintritt der Tabaksteuer!

Zigarren aus reinem Tabak von 75 Pl. an
an
Zigarillos von 45 Pl. an, Schweizer Stumpfen von 60 Pl. an
Reiner Rauchtobak lose und in Paketen.
Hanau-Zigaretten zu 20 und 25 Pl.
Beste Bezugsquelle für Gastwirte, Verelne u. Festveranstalter
Gustav Haase Nachfg. Inhaber **Berlin**
Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38

SOEBEN ERSCHIEN:
MENSCHHEITS
DÄMMERUNG
SYMPHONIE
JONGSTER DICHTUNG
Herausgegeben von
KURT PINTHUS
Dichtungen von:
Becher, Benn, Däubler, Ehrenstein,
Goll, Hasenclever, Heym, Heynrichs,
van Hoidis, Klemm, Lasker-Schüller,
Lichtenstein, Leonhard, Lots, Otten,
Rubiner, Schichels, Stadler, Stramm,
Trakl, Werfel, Wolfenstein, Zech
Mit den Selbstbiographien der
Dichter und ihren Porträts von:
Kokoschka, Meidner, Engert, Barlach,
Lehmbruck, Schiele
Über 300 Seiten Umfang; auf holzfreiem Papier
In rot. Pappbd. M. 12.—; in Halbledr. M. 20.—
Die Stimmungen und Gefühle, Qualen und
Leidenschaften, Sehnsüchte und Empörungen
der letzten Jahre bilden die gewaltigen Motive
dieses Werkes, das sich liest wie der
Schicksalsroman unserer Zeit
In jeder guten Buchhandlung zu
haben. Sonst direkt vom
ERNST ROWOHLT
VERLAG · BERLIN W 55

Möbel
Liefen in guter Ausfüh-
rung zu soliden Preisen
gegen bar und auf
bequeme Teilzahlung
Bürgerliche
Wohnschränkungen
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in jeder gewünschten
Holz- und Stuhlart.
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
in großer Auswahl.
Gebr.
Kassner
Bülowstr. 8 am Nollen-
den. Gekaufte Möbel können
kostenlos tauschen.

feuriger Süßwein
Santa Lucia
Jetzt wieder
überall erhältlich in Apotheken,
Drogerien u. Feinkost-Geschäften
Ganzpreis-Depot
Berlin N. 4, Engelstr. 3-4,
Korke 672.

Karbidlampen
4,50 M.
Neues System.
Tischlampen,
Hängelampen,
Zarmlige Schau-
fensterlampen.
Große Auswahl
Billige Preise.
Händler
hohen Rabatt.
Karl Trissler
Adalbertstr. 28.

Drüsenfluß
fragen mit unbedingt
sicherem Erfolg unser
Spranzband
Deutsches Reichs Patent
Wirkungsvolles neues System
Ohne Feder,
Ohne Schenkelriemen
Abbildung und Beschreibung
kostenlos durch die Erfinder
Hermann Spranz, Unterke-
sa (Württemberg) Nr. 35.
Vertr.: R. Nicolaus,
Charlottenburg, Cauerstr. 22.
Entlaufen
am 11. 12. 19 junger Jagd-
hund, braun und weiß, gegen
hohe Belohnung und Schutz-
mittel, Rückmeldung an
Fraule, Tel. Böttcher 10230.

Rodenstock
Schöne
Geschenkartikel
der Optik
Prismen-Theatergläser
und Feldstecher zu
Original-Fabrikpreisen.
Leipziger Str. 101/2, Ecke Friedr.-Str.
Rosenthaler Str. 45, Nähe Hack. Mkt.
Joachimsthaler Str. 44, Bahnh. Zoo.

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in Zivil umarbeiten
in Schwarz, Braun, Blau, Grün, in 5 Tagen (eins)
Wenden, Umarbeiten, Renarbeiten
von Herren- und Damenherabereben in 3 Tagen.
Stoffneuhelten, Stoffausstellung.
Aufgeben wird jeder Umteil in 5 Tagen gefehert und in
24 Stunden chemisch gereinigt, Abwaschung und Spülung
kostenlos.
Original - Englische Stoff - Auswahl.
Zusatzarbeiten in 48 Stunden.
Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 68 I.

Sozialdemokratischer Verein Berlin (S. P. D.)
 u. Abteilung.
 Unseren Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Otto Maehl** (Geb. 78) im 60. Lebensjahre aus dem Leben geschieden ist.
 Wie sein Andenken! Die Beerdigung findet Mittwoch, den 17., nachm. 8 Uhr, auf dem Neuen Jakobikirchhof, Hermannstraße, statt. 210/9
 Sachliche Beteiligung erwünscht.
 Der Vorstand.

Verband der Buch- u. Steinbruckerel-Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin).
 Mittwoch, den 17. Dezember, nachmittags 5 Uhr:
Vertrauenspersonen-Versammlung
 im Saale der „Odd-Fellow-Loge“, Alte Jakobstr. 128.
 Tagesordnung:
Die Steuerungszulagen für Berlin.
 Auf jeder Buchbruckerel muß eine Vertretung erscheinen.
 Der Ortsvorstand: Otto Glöth.

Spezialarzt
 Dr. med. Kosben.
 Erprobte und schmerzlose Behandlung
 Friedrichstr. 81, gegenüb. Königsstr. 56/57, gegenüb. Rathaus.
 Spr. 10-1 u. 4-7, Sonnt. 10-11
 separates Damenzimmer

Wie ein Wunder
 wirkt Apotheker Dr. Uecker's Heilmittel geg. Hautausschlag, Flechten, Geschwüre, Beseitigung, Krampfadern (bes. o. Frauen), offene Wunden, wunde, rissige Haut, Frostschäden, Verbrennungen usw. — Die Salbe wirkt hautbildend, schmerz- u. juckreizstillend. Originalpackg. à M. 4,50 u. M. 7,50. Nur allein echt durch die Apotheke zum Goldenen Adler, Berlin 63, Alexandrinenstr. 41. Oegr. i. J. 1930. Zweitbl. Apoth. Berlin.

Me Jean Duchier, avocat,
 Paris, Boulevard des Italiens 27, se trouve à
Berlin, Hôtel Adlon,
 du 16 au 21 décembre de 11 à 1 h et de 3 à 5 h à la disposition de toute personne ayant affaires civiles ou commerciales. Litige, transaction, recouvrement à opérer en France.
Herr Jean Duchier, Advokat
 aus Paris, Boulevard des Italiens 27, hält in
Berlin, Hôtel Adlon,
 vom 16. bis 21. Dezember, vormittags 11 bis 1, nachmittags 3 bis 5, Sprechstunden ab und übernimmt die Vertretung von Prozess- und anderen Streitigkeiten, Einzugsungen sowie den privatrechtlichen Schutz von Interessen in Frankreich.

Wie ein Wunder
 besetzt **San-Rat Haussalbe**
 Dr. Strahl
 jed. Hautausschlag, Flecht., Hautrötch., bes. Beseitigung, Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originalpackung 6/25, 9/75 erhältlich in der „Erlaunter-Apotheke“
 Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

La Kautabak (Kentucky)
 in Rollen à 50 Pl.
 Probierendung wenigst. 50 Rollen prompt Nachnahme 12310
Handelshaus Nord G. m. b. H.
 Bremen, Nordstr. 132
 Tel. Roland 3159.

Zigaretten
 aus einem besten orient. Tabak u. 240 St. p. 1000 Stk. an.
Dieke Türken 1000 Stk. M. 360.
 Lagerbestand gering!
M. Guttman, Berlin O 27, Alexanderstr. 22, 9-5 Uhr. Ausgang 7

Alte Gebisse!
 Bitte Annoncen vergleichen, wer den höchsten Preis zahlt.
Gewönl. Platinzahn nicht unter 7,50 M.
Platin Gramm 125,50 M. (nicht ble)
 Platin-Stift- u. Platinzähne nach dem Platin-Gewicht!
Für arme Wiener Kinder zahle außerdem:
 Auf Zähne 5% — auf Platin 1% Zuschlag (nicht ble).
 Ich zahle den Betrag voll aus und überlasse es Ihnen, diesen Zuschlag — wie Sie wenige machen ein Viel — zu überweisen.
Ankauf w. Krausenstr. 56-58, Zimm. 1 pt. (Hotel)
 Täglich 10-6 Uhr. [72/19*] Vogler, Berlin.

Spache Flügel
 Berlin SW 11, Moritzplatz 12858

Was in jeder Ehe fehlt,
 das ist das von Friedr. Robert jetzt bereits in 6. Aufl. erschienene, mit 45 vorzüglichen, den Text erläuternden Abbildungen versehene Werk **„Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“**
 Das Urteil aller ist einzig günstig. Von der Wissenschaft ist das Buch in letzter Zeit verboten. Wer das Glück seiner Ehe festigen will, wer die Qualen, die die Gatten während der ganzen Geschlechtsperiode empfinden, vermeiden möchte, dem empfehlen wir die wissenschaftlichen Aufklärungen, wie solche in dem Buche **„Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“** enthalten sind, aufs angelegentlichste, es wird wie eine Befreiung von Not und Pein empfunden werden. Dieser Vorzug wegen ist dieses Buch beliebt, wie kein anderes in der Ehe.
 Preis M. 5,50, Nachn. 60 Pf. teurer. 164/10*
 Linser-Verlag, Berlin-Pankow 109 I.

Vor Verkauf von
Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)
 anrufen, zahle konkurrenzlose Preise
Metallkontor, Alte Jakobstraße 188, Hallesches Tor
 Moritzpl. 12858

Gold in jeder Form u. Menge auch **Zähne** kauft für hohen **Preis!**
Platin
Silber
J. Weinstock G. m. b. H.
 Mohrenstraße 16 a. U.-Bl. Friedrichstr.
 Alexanderstr. 14a, Charlottenb., Stuttgarter Platz 5, Tauentzienstraße 6, Schöneberg, Grunewaldstr. 15, Kottbusdamm 24.
 Achtung! Kein Laden. Geöffnet 9-6.

Eigene Schmelze — Direkte Verwertung.
Höchste Preise über Tageskurs
 zahlt für
Platin-
 Tiegel: Schalen: Ursubstanz: Zahnstifte Schmucksachen: Blitzableiterspitzen
Gold-
 Barren: Münzen: Schmuck: Zahngold: Brochgold
Silber-
 Barren: Münzen: Abfälle: Bestecke: Löffel
 Cegr. 1903 **nur** Cegr. 1903
Metallkontor
 Berlin SW 65, Alte Jakobstr. 138, Hallesch. Tor
 Telefon: Moritzplatz 12 858
 Telegramm-Adresse: Metallkontor Berlin SW 65.
 Eigene Schmelze — Direkte Verwertung.

Stand-Uhren
 eigene Fabrikation, nur erstklass. Garantie-Werke, in jeder gewöhnlichen Ausführung offerieren billigst
Gebr. Bölte, Glasbläser, Uhrmacher, Berlin, Kochstraße 11.
 Telefon: Kuchel 9033

Gute Antiquitäten
 An- und Verkauf **ALTKUNST**
 G. m. b. H. Wilhelmstr. 60A

Juwelen Perlen
 An- und Verkauf **Margraf & Co.**
 G. m. b. H. Kanonenstraße 9 Tauentzienstr. 18A

Meine großen Möbel-Läger
 mit Speisekammer, Herrenzimmer, Schlafkammer, Küche u. Badzimmern, Büchereien, Kuchenschrank, Schränke, Kommoden, Kleiderkasten, Betten, komplette Abzweigungen usw. haben zur höchsten am meisten beliebten in der Preussenschiffstr. 7, Nr. 9 u. Nr. 100 nahe Reichthaler Platz bei **Möbel-Lechner,** Bennenstraße 7
 Geöffnet von 8-6

Spezial-Behandlung Köhn seit 1901
 Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bot. Sprechz. 10-12, 3-7, Sonnt. geschlossen
 Harn- und Blutuntersuchungen.

Trauringe
 Dukatengold 900 gest., Stück M. 130, 14 kar. 585 gest. 8 kar. Gold von M. 80 pro Stück.
 Ankauf altes Gold, Silber, Platin, Brillanten und Zahngebisse. — Zahle höchste Preise.
Minoga, Berlin O., Gruner Weg 69.
 Telefon: Alexander 2430.

Dr. med. Hollaender
 Spezialarzt
Aufklärende Broschüre Nr. X.
 3,50 M. gegen Nachnahme.
 Berlin, Leipziger Str. 109 I täglich 11-1, 3-7 Uhr, Hamburg, Kolonnenaden 26 J Sonntags 11-1 Uhr, Frankfurt a. Main, Bethmannstr. 50



Strickjacken
 Reine Wolle, schwere gewerkte Ware. Kragen & Manschetten m. mod. Streifen, viele lustige Farben. Sportform, offen & geschlossen zu tragen:
145,00

Leiser
 Tauentzienstr. 20 * Leipzigerstr. 65

Spezial-Behandlung
 Harn- und Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behandlung, Bestrahlungen, Schnell, sicher, ohne Berufsstörung
 Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren.
Aerztliche Löser, Münzstr. 9 nahe Alexanderplatz
 Helianthstr. 9-1, 4-8, Sonnt. 9-11.
 Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dr. Skottl
Spezialarzt Dr. Löser senior
 Harn- u. Blutuntersuchungen, Röntgen-Durchleuchtung etc. Elektrische u. mediz. Bilder. — Erfolgr. eigene Heilmethode.
 nur Rosenthaler Str. 69-70, Ecke Lindenstraße, 9-1, 4-8, Sonnt. 9-11.

Gewerkschaftskartell Schönebeck a. Elbe.
 Zdm sofortigen Antritt wird ein **Arbeitersekretär** gesucht.
 Es wird auf eine erste Kraft reflektiert. Derselbe muß in allen Fragen des Arbeiterrechts bewandert sein (10-jährige freigewerkschaftliche Mitgliedschaft nachweisbar), agitatorische und organisatorische Fähigkeiten besitzen sowie rechnerisch befähigt sein. Aus der Bewerbung muß seine bisherige Tätigkeit in der gesamten Arbeiterbewegung hervorgehen. — Bewerbungen sind bis zum 15. Januar 1920 zu richten an den Gewerkschaftskartell-Vorsitzenden **Frans Hartung, Schönebeck a. B., Steinstr. 23.**

Spezialarzt Dr. Hasche
 Sprechstunden 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1.
 am Bahndam. — Teilzahlung —
 Friedrichstraße 90
 Friedrichstraße.

Redakteur-Gesuch.
 Für die am 1. Januar 1920 neu erscheinende Zeitung „Eisenacher Freie Presse“, Organ der alten sozialdemokratischen Partei für Eisenach und Umgebung, wird ein tüchtiger Redakteur gesucht. Derselbe muß zugleich schlagfertiger Redner sein und führende Parteistellung einnehmen können. Mitwirkende Kräfte sind vorhanden. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf und Angabe letzter Tätigkeit sowie Antritt sind zu richten an den Vorsitzenden der Redaktionskommission
Heinr. Linß, Eisenach, Alexanderstraße 12a.

Spezial-Behandlung
 besonders f. Krante, welche anderwärts nicht ausgeheilt worden sind. Glas- und Hornunterstützung, Höhenlage-Behandlung, Metall- u. Heilmittel
Dir. HERMANNES Glatzer Straße 42 I, Epr. 10-12, 3-7, 9-10.

Möbel
 liefert gegen bar und auf Teilzahlung zu mäßigen Preisen.
 Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
 Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer in großer Auswahl
 Einzelne Möbel
 Farbige Küchen
Beiser
 Lothringer Str. 67.

Die Stelle eines
Hauptschriftleiters
 an der „Königsberger Volkszeitung“ ist zu besetzen. Reflektiert wird nur auf eine allseitige Kraft. Die „Königsberger Volkszeitung“ ist das für die sozialdemokratische Politik östlich der Weichsel richtunggebende Organ.
 Gehalt nach Uebereinkunft. Ausführliche Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Angabe von Referenzen sind zu richten an
A. Borowski, Königsberg, Pr., Ludenstr. 24/29.
 Persönliche Vorstellung bei dem Unterzeichneten kann vom 15. bis 18. 12. einschließlich in der Preuß. Landesversammlung erfolgen.

Stellengesuche
 Tüchtige Reinemachefrauen, Buchhalter, Aufwartende und Haushilfsmädchen im Arbeitsnachweise der Stadt Berlin.
Elshornstr. 1 (Bühnenstr. 8753),
Bürgerstr. 11 (Zentrum 8999),
Baustr. 1 (Möbit 9404),
Dele-Allee-Platz 5 (Kottbus 1469),
Roppenstr. 1 (Alexander 2200)
Gesmannstr. 13 (Rdn. 3706).
 Geöffnet 8-7 Uhr.
 Suche zum 1. 2. Stellung als
Haushilfsmädchen
 in bestem Haushalt. 196/18
 Frau Brandt, GutsMuth u. H. GutsMuthstr. 7.

10 bis 12 tüchtige Handhutmiede
 für dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienst.
R. Wolf Aktiengesellschaft
 Werk Wilmersdorfer Maschinenfabrik
 Wilmersdorfer Str. 10.

Stellenangebote
Reisende
 sucht Zigarettenlager
Bergmannstr. 1.

Redakteur-Gesuch!
 Tüchtiger Lokaltredakteur, 213/8*
 mit allen Redaktionsarbeiten gut vertraut, zum sofortigen Antritt für die „Hallesche Volksstimme“ gesucht. — Angebote mit Gehaltsforderung bis zum 20. d. Mts. an Stadtrat **Hermann Bötz,** Halle a. S., Ludwig-Wucherer-Str. 8.

Gürtler
 für elektrische Beleuchtungsarbeiten stellen ein 12400*
Roland Beleuchtungskörper
 G. m. b. H., Charlottenburg 9, Rogwitzstr. (Gr. Halle).

Spezialmaschinen
 für Zuffverfertigungsanlagen gesucht. 12420
 Gerhardt, Gesellschaft für Apparatebau u. S. S., Berlin-Wilmersdorf.

Rosenträger-Steppertinnen
 verlangen in und außer dem Hause
Jöler & Schneemann,
 Spandauer Straße 14.

Tüchtiger Meister
 mit langjähriger Praxis in Bronzewerksfabrikation, der im Besitz von eigenen Werkzeugen ist, wird von Arbeitgeber zweiseitige Verbindung einer Gesellschaft als Teilhaber gesucht. (12410)
 Off. Angebote unter C 43 an die Expedition des Blattes.

la Kautabak
 garant. reiner Blättertabak, Nordhäuser Alkohol-Beize, Garantie für tadellose Ware.
 100 Rollen à M. 1,00
 20 Probierrollen à M. 1,00
 gegen Nachnahme bietet an
W. Hentrich, 1. S. 17 (Großb. Erlaubnis)

Erklärung.

Wir unterzeichneten Landwirte und bevollmächtigten Vertreter der landwirtschaftlichen Produktionszweige und Genossenschaften des Kreises Dramburg haben erkannt, daß die Regierung die Zwangswirtschaft erst dann aufheben kann, wenn in anderer Form die Ernährung des deutschen Volkes in den Hauptnahrungsmitteln sichergestellt ist. Aus diesem Grunde erklären wir uns — in der festen Erwartung, daß die ganze übrige deutsche Landwirtschaft sich diesem Beispiele anschließen wird — hiermit verbindlich bereit, unsere gesamten Brotgetreide- und Kartoffelvorräte der Ernte 1919 sowie die Milch, ungeachtet der zweifellos höheren Produktionskosten, zu den jetzt geltenden Preisen (Roggen der Zentner 20,25, Kartoffeln der Zentner 9,50) restlos freiwillig an die genossenschaftlichen Stellen des Kreises Dramburg weiterzuliefern, selbst wenn die Zwangswirtschaft zusammenbrechen und dadurch die Möglichkeit zu einer höheren Preisgestaltung gegeben werden sollte. Es handelt sich hier um

**48 000 Zentner Brotgetreide,
98 400 „ „ Kartoffeln,
Milch von 1208 Kühen.**

Hierin sind die Mengen, die der Kleingrundbesitz zur Verfügung stellt, erst in geringem Maße enthalten. Laufend vermehren sich durch Zustimmungserklärungen und Lieferungsverpflichtungen diese Zahlen.

Wir erwarten einerseits bestimmt, daß, wenn sich die übrige Landwirtschaft auf den gleichen Boden stellt, die Zwangswirtschaft mit ihren verheerenden Nebenerscheinungen und volks- und moralvergiftenden Folgen alsbald aufgehoben werden wird und daß sich die deutschen Landwirte ihrer hohen Verantwortung für die sachgemäße Versorgung des Volkes und der Bedeutung des Augenblicks bewußt sind.

Wir erwarten aber andererseits, daß auch die Regierung die ungeheure Tragweite dieses uneigennütigen Entschlusses erkennt und unverzüglich die sich bietende Gelegenheit ergreift, um unser wirtschaftliches Leben nun endlich durch Aufhebung der Zwangswirtschaft und durch Freimachen der durch diese bisher gelähmten produktiven wirtschaftlichen Kräfte einer Gesundung entgegenzuführen.

von Brockhausen, Mittelfelde,

Vorsitzender des Aufsichtsrates des Dramburger Ein- und Verkaufs-Bereins, Dramburg.

Pastor Gadow, Köntopf,

Verbandsbeirat der Ländl. Spar- und Darlehnskassen des Kreises Dramburg.

von Knebel-Doeberitz, Dietersdorf,

Vorsitzender des Vorstandes der Genossenschaftsmolkerei Fallenburg.

von Knebel-Doeberitz, Friedrichsdorf,

Vorsitzender der Arbeitgebergruppe der Kreisgruppe Dramburg des Landbundes.

Dr. von Knebel-Doeberitz, Zülshagen,

Stellvertr. Vorsitzender des Vorstandes des Dramburger Ein- und Verkaufs-Bereins, Dramburg
und Vorsitzender des Vorstandes der Viehverwertungsgenossenschaft Dramburg.

Pastor Kraft, Baumgarten,

Unter-Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften des Kreises Dramburg.

Bauernhofsbesitzer Rannow, Friedrichsdorf,

1. Vorsitzender des Pommerischen Landbundes.

Dr. Reichert, Janisow,

Vorstandsmitglied der Stärkefabrik Dramburg.

Röder, Dramburg,

Direktor des Ein- und Verkaufs-Bereins, Dramburg.

Es schließen sich an: Barz, Sarranzig. Friedr. Boeck, Köntopf. Böning, Pammin. Aug. Borchardt, Köntopf. von Borcke, Golz. Dalchow, Grünberg. Fritze, Sarranzig. Glahn, Altstüdnitz. von Gordon, Teschendorf. Grams, Welschenburg. von Griesheim, Schloß Fallenburg. von Grünberg, Bruchhoff. Guenther, Wuzig. Jul. Hell, Köntopf. Heß, Sarranzig. Otto Hinz, Köntopf. Klein, Kronenberg. Aug. Klünder, Köntopf. von Knebel-Doeberitzsche Gutsverwaltung, Gersdorf. von Knebel-Doeberitz, Alchow. Koch, Güntersshagen. Kolbe, Gr.-Schönberg. Krappe, Schilde. Krüger, Sarranzig. Jul. Kühl, Köntopf-Dorf. Jul. Kühl, Köntopf-Feld. Liebeskind, Gr.-Sabin. Maronde, Bier. Modrow, Züllenhof. Modrow, Marphul. Molkerei, Stallies. Frau Neumann, Giesen. Pape, Sarranzig. Carl Petznick, Köntopf. Gust. Pinnow, Köntopf. Pommerische Saatzucht, Dalow. von Puttkamer, Baumgarten. Quandt, Köntopf. Carl Raddünz, Köntopf. Reichardt, Charlottenhof. Romberg, Denzig. Sinnig, Zehin. Dr. C. Tielsch, Neulobitz. Volkmann, Carwig. von Wedel, Britten. Wendorff, Woltersdorf. Wussow, Stadthof. Zach-Mattick, Gr.-Linichen. von Zadowsche Gutsverwaltung, Altvuhrow. Ziedrig, Wedelshof. Ferd. Ziemann, Köntopf. Frau Zühlke, Schloß Stallies.

Groß-Berlin

Die Missetat des Siebzehnjährigen.

Wie meldeten schon vor einigen Tagen, daß der siebzehnjährige Sohn des ermordeten Ehepaars Koller in Grawo...

Unter dem dringenden Verdacht, den Erich Koller zu dieser Tat angeklagt zu haben, wurden seine Braut, die Arbeiterin Johanna Selgert, deren Bruder und Mutter verhaftet.

Verteuerung des Verkehrs.

Der Verbandsausschuß des Verbandes Groß-Berlin genehmigte am Montag vorbehaltlich der Zustimmung der Verbandsversammlung die Erhöhung der Tarife bei der Großen Berliner, der Berliner Elektrischen Straßenbahn, der Köpenicker Straßenbahn und der Hochbahn.

Wo bleibt das Fleisch?

Wir hatten vor einiger Zeit auf die Mißstände der Massenpeisung hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß sich in dem Essen Holzabfälle und andere unbrauchbare und zur menschlichen Nahrung absolut nicht geeignete Bestandteile vorfinden.

Ein Hörapparat für 100 Schwerhörige in der Urania. Das Vorkomitee für die wissenschaftliche Weiterbildung der Schwerhörigen läßt zurzeit im wissenschaftlichen Theater der Urania

einen elektrischen Hörapparat einbauen, am dem 100 Schwerhörige angeschlossen werden können.

Am Sonntag, den 21. Dezember, vormittags 10 Uhr, soll der Apparat zum ersten Male in Gebrauch genommen und durch eine schlichte Feier eingeweiht werden.

Der Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangs-vollstreckungen.

Im Interesse der Kriegsbeschädigten und unserer Kriegsgefangenen hat es sich, wie die 'F. F. R.' hören, als notwendig erwiesen, die Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangs-vollstreckungen vom 14. Dezember 1918, die ursprünglich nur für die Zeit bis zum 1. Juli 1919 festgesetzt war und durch die Verordnung vom 17. Juni 1919 schon einmal bis zum 1. Januar 1920 verlängert worden ist, noch einmal um ein halbes Jahr, also bis zum 1. Juli 1920 zu verlängern.

Die letzten Vorgänge in Spanien veranlaßten den Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten, drei Resolutionen abzugeben. Es sprachen zumeist Kommunisten und Unabhängige, die kräftig gegen die Rechtssozialdemokratie loszogen.

Winterbeihilfen für kriegshinterbliebene Witwen, Waisenkinder und Eltern, die bereits Rentz beziehen (vorläufig ausgenommen uneheliche Kinder), können beantragt werden.

Die Beisetzung des Kriminaloberwachtmästlers Erdmann. Am Montagmorgen wurde auf dem Zionsfriedhof Friedhof der von den Gebrüdern Strauß niedergelegte Kriminaloberwachtmästler Erdmann zur letzten Ruhe gebettet.

Montrose.

Detektivroman von Sven Elvsted. Als Krag auf den Gang hinausgegangen war, wartete er einen Augenblick, den Kopf nachdenklich gebeugt, als ob er noch einen Augenblick überlegte, bevor er einen wichtigen Entschluß zu fassen wagte.

etwas von Montrose wissen, von dem Mörder oder dem Opfer. Als ich gestern Abend die Mitteilung von Georges Verhaftung bekam, dachte ich wirklich, daß wir am Ziel seien.

Polizeibeamten Deutschlands, die Verbände und Bezirksvereine der Kriminaloberwachtmästler, der Kriminal- und Polizeibeamten sowie die Berliner Sicherheitspolizei.

Die Baugewerbetreibenden und Bauherren werden darauf hingewiesen, die in ihren Händen verbleibenden Abschnitte der Preisangebots, die mit der hauptseitigen Erlaubnis zusammen auf der Baustelle aufzubewahren und sie den Kontrollbeamten auf Erfordern vorzulegen.

Für Wien veranstaltet Herr Stadtkaufmann Dr. Fischer am 1. Weihnachtstag, mittags 12 Uhr, im großen Saal der 'Philharmonie' eine Aufführung von Kinderspielen.

Die Entwürfe für Grabsteine und Schöpfbrunnen einer Berliner Kriegerdenkmäler- und Gedenkstättenkommission sind im Bürgerpalast des Rathauses täglich von 10 bis 2 Uhr öffentlich zur unentgeltlichen Besichtigung ausgestellt.

Telegramme nach Deutsch-Ostpreußen und der Hochpostale kosten pro Wort 2 Pf.

Zentrale für Berufsschulwerk. Den 'F. F. R.' wird mitgeteilt: Wiederholte Anfragen an die Reichsbehörden machen den Hinweis nötig, daß die Zentrale für Berufsschulwerk eine private Organisation ist, die mit den zuständigen Stellen keinerlei Verbindung hat.

Zur Papiersperrung. Den 'F. F. R.' wird mitgeteilt: Es sind Unklarheiten über die Papiersperrung von Weihnachtsentwürfen demgegenüber ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß zurzeit nur für Kaufmannspapier, die für das Gebiet der Oberpostdirektion Berlin bestimmt sind, eine Sperre bis Weihnachten besteht.

Marienbergs-Bühne. In der letzten Gemeindevorstellung wurde den Lehrkräften an den höheren Lehranstalten ein Gehaltszuschuß in Höhe von 760 M. für Verheiratete und 600 M. für Unverheiratete bewilligt.

Die Erziehung eines Gemeindefriedhofes in der Wege zu leiten, wurde nach eingehender Begründung durch Genossen Dintz, welcher schilderte, in welcher Weise seitens der Kirchengemeinde 'Kapital' aus allen möglichen Kleinigkeiten gezogen wird, einstimmig angenommen.

„Hier ist ein Brief von dem katholischen Bischof,“ sagte er. „Er hat eine Mitteilung für uns.“ Der Brief von dem Bischof lautete folgendermaßen: „Anlässlich des rätselhaften Verschwindens meines Freundes und Glaubensgenossen Abbe Montrose ist mir eingefallen, daß ich eine Aufklärung geben könnte, die vielleicht den Nachforschungen dienlich sein kann.“

Neubestellung wird beschlossen. Genosse Witz regt an, dahin zu wirken, daß baldigt der Errichtung von Krankenhäusern näher getreten wird. — Beibehaltung einer Einrichtung einer Gemeindefabrikant werden nach Befürwortung durch Genossen Witz 20 000 M. zum Ankauf von Leder bewilligt. — Zur Weihnachtsfeier werden 1200 M. bewilligt, welche dem Reichsbund der Kriegsgeschädigten und dem Internationalen Bund nach der Mitglieder- bzw. Kinderzahl zur Verfügung gestellt werden; es sollen außerdem jedem Kind der Kriegsgeschädigten, welche keiner Organisation angehören, 15 M. zu Weihnachten gegeben werden, wenn die Bedürftigkeit festgestellt ist. Zu dem gleichen Zweck sollen 250 M. für Kinder der Kriegsgeschädigten gegeben werden. — Auf Grund eines Dringlichkeitsantrages unserer Fraktion und der Demokraten wird den Bureauhilfsarbeitern ein Gehaltszuschuß vor Weihnachten in gleicher Höhe wie in Berlin angeordnet.

Oberbürgerliche Gemeindevorstellung. An Stelle des verstorbenen Genossen Gierich wurde Genosse Bergmann eingeführt. Der sich notwendig machende Erhöhung der Müllgebühr um 1 1/2 auf 5 1/2 Proz. stimmte die Vertretung zu. Für die Ermöglichung eines wahlfreien Handfertigkeitsunterrichts wurde die geforderte Summe bewilligt. Unser Genosse Birnbaum wünschte für die Schulpflichtigen in erzieherischem Interesse in schulpflichtiger Zeit Veranstaltungen von Kinovorstellungen mit anschließendem Programm, Sternvarietés, Dichtabend, weitere Vorlesungen, Volkshilfsarbeiten usw. Die Vorlage der Verfügung der Pflichtstundenzahl der männlichen Lehrkräfte und der dadurch bedingten neu anzustellenden 12 Lehrpersonen wurde genehmigt. Ein Wohlfahrtsrat soll die Jugend-, Gesundheits-, Wohnungs-, Arbeits-, Kriegsversorgungs- und Unterstützungsämter organisatorisch zusammenfassen. Alle dazu gehörenden Einrichtungen werden in Gemeinderäte übernommen. Die Frage der Zusammenfassung eines Jugendausschusses wurde in Kommissionsberatung verwiesen. Eine andere Vorlage sieht die Einrichtung einer Schulgymnastik vor, von der in kurzer Zeit sämtliche Schüler gegen geringes Entgelt unterrichtet resp. behandelt werden sollen. Für die Volkshochschule wurde die Summe von 575 M. bewilligt. In den Ausschuss der Volkshochschule werden die Gemeindevorsteher Birnbaum (S. P. D.) und Neumann (L. S. P. D.) entsandt. Die Wasserpreisregelung erfolgt infolge wie in Völkchen, von welcher Gemeinde der Ort den größten Teil seines Wassers entnimmt. Ein Antrag Birnbaum u. Gen. fordert die Bewilligung von Behrmittelefreiheit für Kinder von Eltern mit Einkommen bis zu 6000 M. auf Antrag der Betroffenen mit Ausnahme der für die religiöse Unterweisung benötigten Lehrbücher. Nachdem auch die Unabhängigen und Bürgerlichen dem Antrage prinzipiell zugestimmt hatten, wurde er der Schuldeputation überwiesen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Rife in den Brotkommissionsbezirken 152, 153, 164, 173, 188, 193 und 245.
Mariendorf-Züden. 200 Gramm Kartoffelmehl (101 u. 102).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 13. Abt. Mittwoch 7 Uhr im Alexandriner, Alexandrinerstr. 57a, Mitgliederversammlung.
- 38. Abt. Mittwoch 7 1/2 Uhr Funktionärkongress bei Krümpel, Hiesburger Str. 2.
- 37. bis 41. Abt. Mittwoch 7 Uhr Funktionärkongress Arminiusgasse, Bremer Str. 72/73.
- Schwerhörigengruppe. Mittwoch 7 Uhr in der Taubstummenschule, Markstr. 49, Hol 1 & 2. E. Versammlung. Schwerhörige Parteigenossen, Wortführer und Gemeindevorsteher freundlich eingeladen.
- Eisenbahner-Verbandsrat. Bezirk 1 (300, Seb, Seb), 5 (Stb, Stb, Stb), 6 (Stb, Stb, Stb), 7 (Stb, Stb, Stb), 8 (Stb, Stb, Stb), 9 (Stb, Stb, Stb), 10 (Stb, Stb, Stb), 11 (Stb, Stb, Stb), 12 (Stb, Stb, Stb), 13 (Stb, Stb, Stb), 14 (Stb, Stb, Stb), 15 (Stb, Stb, Stb), 16 (Stb, Stb, Stb), 17 (Stb, Stb, Stb), 18 (Stb, Stb, Stb), 19 (Stb, Stb, Stb), 20 (Stb, Stb, Stb), 21 (Stb, Stb, Stb), 22 (Stb, Stb, Stb), 23 (Stb, Stb, Stb), 24 (Stb, Stb, Stb), 25 (Stb, Stb, Stb), 26 (Stb, Stb, Stb), 27 (Stb, Stb, Stb), 28 (Stb, Stb, Stb), 29 (Stb, Stb, Stb), 30 (Stb, Stb, Stb), 31 (Stb, Stb, Stb), 32 (Stb, Stb, Stb), 33 (Stb, Stb, Stb), 34 (Stb, Stb, Stb), 35 (Stb, Stb, Stb), 36 (Stb, Stb, Stb), 37 (Stb, Stb, Stb), 38 (Stb, Stb, Stb), 39 (Stb, Stb, Stb), 40 (Stb, Stb, Stb), 41 (Stb, Stb, Stb), 42 (Stb, Stb, Stb), 43 (Stb, Stb, Stb), 44 (Stb, Stb, Stb), 45 (Stb, Stb, Stb), 46 (Stb, Stb, Stb), 47 (Stb, Stb, Stb), 48 (Stb, Stb, Stb), 49 (Stb, Stb, Stb), 50 (Stb, Stb, Stb), 51 (Stb, Stb, Stb), 52 (Stb, Stb, Stb), 53 (Stb, Stb, Stb), 54 (Stb, Stb, Stb), 55 (Stb, Stb, Stb), 56 (Stb, Stb, Stb), 57 (Stb, Stb, Stb), 58 (Stb, Stb, Stb), 59 (Stb, Stb, Stb), 60 (Stb, Stb, Stb), 61 (Stb, Stb, Stb), 62 (Stb, Stb, Stb), 63 (Stb, Stb, Stb), 64 (Stb, Stb, Stb), 65 (Stb, Stb, Stb), 66 (Stb, Stb, Stb), 67 (Stb, Stb, Stb), 68 (Stb, Stb, Stb), 69 (Stb, Stb, Stb), 70 (Stb, Stb, Stb), 71 (Stb, Stb, Stb), 72 (Stb, Stb, Stb), 73 (Stb, Stb, Stb), 74 (Stb, Stb, Stb), 75 (Stb, Stb, Stb), 76 (Stb, Stb, Stb), 77 (Stb, Stb, Stb), 78 (Stb, Stb, Stb), 79 (Stb, Stb, Stb), 80 (Stb, Stb, Stb), 81 (Stb, Stb, Stb), 82 (Stb, Stb, Stb), 83 (Stb, Stb, Stb), 84 (Stb, Stb, Stb), 85 (Stb, Stb, Stb), 86 (Stb, Stb, Stb), 87 (Stb, Stb, Stb), 88 (Stb, Stb, Stb), 89 (Stb, Stb, Stb), 90 (Stb, Stb, Stb), 91 (Stb, Stb, Stb), 92 (Stb, Stb, Stb), 93 (Stb, Stb, Stb), 94 (Stb, Stb, Stb), 95 (Stb, Stb, Stb), 96 (Stb, Stb, Stb), 97 (Stb, Stb, Stb), 98 (Stb, Stb, Stb), 99 (Stb, Stb, Stb), 100 (Stb, Stb, Stb).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten. Bezirk 12 (Osten). Dienstag 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in der Biehlstraße, Eibener Str. 57. Bezirk 13 (Südwest). Mitgliederversammlung Donnerstag 7 1/2 Uhr bei U. Waier, Chausseestraße, Ecke Bismarckstraße. — **Vertreter Weidmann für öffentliche Gesundheitspflege.** Sitzung Donnerstag 8 Uhr, im Anatomischen Institut der Universität, Dorotheenstr. 28. Herr Professor Dr. Claus Schilling: „Anzeichen als Krankheitsüberträger.“ Bitte willkommen.

Gerichtszeitung.

Urteil im Prozeß Thöla.

In dem Prozeß gegen den Bauführer Hasso v. Thöla und Genossen wurde Montag das Urteil verkündet. Die Geschworenen hatten die Schuldfrage wegen Raubes verneint und bei v. Thöla nur die Fragen nach einfacher Erpressung, Amtsanmaßung und unerlaubtem Tragen von Uniformen und Orden bejaht. Der Staatsanwalt beantragte gegen v. Thöla wegen dieser Vergehen 3 Jahre Gefängnis und 8 Wochen Haft, gegen den Handlungsbeteiligten Helmreich wegen Erpressung und Amtsanmaßung 2 1/2 Jahre Gefängnis, gegen den Mechaniker Heinz Rasol 9 Monate und gegen den Schneider Ernst Kahlbach wegen Beihilfe ebenfalls 9 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen v. Thöla auf 8 Jahre Gefängnis und 8 Wochen Haft sowie drei Jahre Ehrverlust, gegen Rasol auf 8 Monate, gegen Helmreich auf 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis und gegen Kahlbach auf 1 Monat Gefängnis. Den Angeklagten wurde die Untersuchungshaft in Höhe bis zu 9 Monaten Ehrverlust angedroht, die Strafen gegen Rasol und Kahlbach wurden als verbüßt angesehen, die Angeklagten, außer v. Thöla, auch aus der Haft entlassen.

Eine Spirituierung in Höhe von 16 Millionen Mark lag einer Anklage wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung zugrunde. Es handelt sich um eine der größten und raffiniertesten Kriegsschiebungen. Der Angeklagte Koritz, der irgendwelche Beziehungen zu Angehörigen der Spirituszentrale hatte, verstand es, sich von diesen sog. Anweisungen auf Spritzungsweg zu verschaffen. Diese Anweisungsformulare wurden mit der Unterschrift des Direktors der Spirituszentrale gefälscht und der Plauenischen Pulverfabrik überreicht, welche noch große Vorräte an Spiritus aus dem Reichsbuchhandlung besaß. Die Leitung der Pulverfabrik wurde darin aufgefordert, sofort 200 000 Liter Spiritus zu versenden und an eine bestimmte Adresse nach Berlin zu senden. Die 200 000 Liter Spiritus, die nach dem damaligen Schieberpreis von 80 M. pro Liter einen Wert von 16 Millionen Mark für die Angeklagten hatten, fanden sich schon zur Versendung auf dem Güterbahnhof bereit und wären auch spurlos verschwunden, wenn nicht das Landespolicieamt Berlin im letzten Augenblick eingegriffen hätte. — Staatsanwalt Assessor Dr. Kahan beantragte mit Rücksicht auf die außerordentliche Raffinerie für Koritz und den Mitangeklagten Ewald 2 Jahre Zuchthaus und 3000 M. Geldstrafe sowie 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß.

Verbrecherische Kriminalbeamte, die im Verein mit einem bleichfarbigen Kriminellen ein sehr böses „Ding gemacht“ haben, standen vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III. Wegen Unterdrehens, Unterschlagung und Diebstahls waren angeklagt der Kriminalkommissaroberwachmeister A. D. Otto Striebig, der Polizeiwachmeister Albert Weber der Kriminalwachmeister Gotthilf Wien sowie der schon mit Zuchthaus bestrafte Schächter Wladislaus Kowicki und der Händler Gustav Trostke wegen Diebstahls und Amtsanmaßung und endlich der Schankwirt Albert Raack und Ehefrau und der Schächtermeister Wilhelm Schumann wegen Bestreben. Bei der bekannten Firma Jordan in der Rathenowstraße fand im Juli d. J. ein großer Einbruchsdiebstahl statt. Diebstahl der 6000 M. gab den Ermittlungen Aufschluß, ließ sich von der Firma Jordan zahlen, um damit angeblich die Diebe in eine Falle zu locken. In Wahrheit benutzte er die 6000 M. zum Spielen und verlor sie. Wenn man dann mit den übrigen vier Beteiligten bei dem Kaufmann und Juwelenhändler Eisenberg in Charlottenburg eine fingierte Durchsuchung nach Gold und Tausendmarkstücken vor. Der Angeklagte Weber war in Schutzmannsuniform und Wenn wie seine Erkennungsmarke vor und deshalb gestatte Eisenberg die Durchsuchung. Trostke stanz Schmeiere. Striebig nahm ein Verhör mit Eisenberg vor, die anderen drei durchsuchten wohl eine Stunde lang die Wohnung und liehen dabei ein Paar Brillantearmringe im Werte von 80 000 M., etwa 100 goldene Uhrenarmbänder, eine goldene Uhr und

mehrere Ringe verschwinden. Die Diebe verübten den größten Teil des Raubes und teilten den Erlös von 24 000 M. unter sich. Die Brillantearmringe wurden für 22 600 M. an Schmiedemann verkauft. Dem Raubhelfer Ehepaar hatte Mann 300 M. im Auftrage der übrigen zugewiesen.

Der Angeklagte Striebig war 10 Jahre, Weber über 25 Jahre im Polizeidienst. Zeuge Eisenberg hat fast das gesamte gestohlene Gut zurückerhalten. Im Rahmen der des Ehepaars Raack sind 17 wertvolle Armbänder vorübergehend aufbewahrt gewesen. — Die Verhandlung nahm einen sehr großen Umfang an. Wir werden das Urteil mitteilen.

Aus aller Welt.

„Partisanen“ ist ein Ausdruck aus dem Vortage verfallenen der Gumparteien. Sein Gebrauch in der Sonntagserhebung hat in leitenden Beamtentreffen der linkskommunistischen Anarchistenpartei arg verstimmt und der Oberseite wurde mit der Ausfindigmachung eines revolutionären Vortages beauftragt. Vorkauf hat er vorgeschlagen, die Reaktionären Zeitin und sich fortan Parteidragen zu nennen.

Vor Weihnachten. „Ja, Du artiges Mädchen, heißt Du auch so wie der ungezogene Junge da?“ „Katharina.“ — „Jmdem, was möchtest Du Dir mehr, ein Bräutlein oder ein Schwertgehen?“ „Ein Schauelpferd!“

Ein Raubritter geknast. Ein Kaufmann in Hamburg wurde vor seiner Wohnung von einem jungen Menschen überfallen und mit Wucherscheiben bedroht. Auf Hilferufe erschienen Polizeibeamte und Einwohnervorsteher. In diesem Augenblick warf der Räuber eine Granatgranate, die jedoch niemand verletzte. Die Beamten und die Einwohnervorsteher eröffneten auf den Räuber, der sich in ein Versteck geschickt hatte, Feuer. Auf die Aufforderung eines Polizeiwachmeisters kam der Verbrecher schließlich mit aufgehobenen Händen hervor. Er wurde entwaffnet und einem sofortigen Verhör unterzogen, wobei er auslegte: Ein Unbekannter habe ihn für 4000 M. gedungen, den Kaufmann zu überfallen und ihm die Papiere wegzunehmen. Der Unbekannte habe ihn auch mit Waffen und Granaten ausgerüstet. Als die Nachbarn und Passanten hörten, daß es sich um einen überlegten Raubanschlag handelte, fielen sie über den Räuber her und mißhandelten ihn schwer. Nur mit Mühe konnten die Beamten den Gefangenen losreißen, der schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eisenbahnunglück. Bei Einfahrt eines D-Zuges in Worms sprang der vierte Jungwagen aus dem Gleis und stürzte um. Eine Person wurde schwer, drei andere leicht verletzt und mehrere Wagen beschädigt.

Wie im Eis ein Bionierparc verschwand, schloß ein Artikel der Straßburger „Republique“ dem Truppenübungsplatz Oberhofen bei Hagau. Als der letzte deutsche Soldat abgezogen war, kamen die Raubhölzer von 10 Kilometer in der Runde her, während 8 Tage nur 20 eine wahre Wälderänderung mit Wagen, Handkarren und allen möglichen Transportmitteln. Es wurde alles geholt, was transportabel war. Möbel, Betten, elektrische Bekleidung usw. Dem Seeliger wurde keine ganze Garderobe, feine Bücher, Abendmahlstische usw. gestohlen. Er kam gerade dazu, mußte alles geräuchert lassen und durfte nichts sagen, er wäre sonst über ausgerichtet worden. Aus dem Soldatenheim wurde gestohlen: 1 Harmonium, 2 Klaviere, verschiedene andere Musikinstrumente, Rollen, Bücher, Bilder, darunter wertvolle Originale. Was nicht mitgenommen wurde, wurde zertrümmert und zerstampft. Nicht allein der Möbel, auch wohlhabende Bauern, die während des Krieges ihre Kartoffeln, ihre Butter, ihre Milch, ihre Eier zu Wucherpreisen verkauft hatten, und die beim Gedummwischen zehn-, fünfzehn-, zwanzigtausend Mark und noch mehr in bar einbrachten, haben sich nicht gekümmert, ganze Wagenladungen heimgelassen. Als die Franzosen das Lager in so traurigem Zustand voranden, wurde in allen umliegenden Dörfern bekanntgemacht, daß alle, die dort etwas geholt hätten, es anmelden und eventuell auch zurückbringen müßten. Gendarmen nahmen die Meldungen entgegen. Aber nur die kleinsten Sachen wurden gemeldet, die großen Diebe trauten ihren Raub in Sicherheit zu bringen. Erfolgreiche hätte die Aufforderung zum Zurückbringen nur gehabt, wenn strenge Durchsuchungen gemacht und auch lästige Geld- und Gefängnisstrafen über die Hauptquartieren verhängt worden wären. Die französischen Militärbehörden haben sich aber offenbar nicht dazu entschließen wollen, wohl aus politischen Gründen. Wie hätten die Franzosen die Plünderer auch zur Rechenschaft ziehen wollen, wo sie doch unter der Maske der Liquidation mit dem deutschen Privateigentum nicht anders umspringen!

Das Weihnachtsgeschenk ist die eigene Scholle.
Jetzt noch billige Parzellen am Bahnhof Schulzendorf und Straßenbahn Tegel-Neigendesse.
Berliner Bodenverein, Friedrichstr. 133
Ankunft an Ort und Stelle durch Hermann, Jägerweg 8. Verlang Sie unverbindl. Vertreterbesuch.

Möbel auf Kredit
Kleinsten Anzahlung — Bequemste Abzahlung — Größte Rücksicht.
Einzelne Möbel gebe bereitwillig ab.
Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung.
M. Landwehr
Müllerstraße 7, eine Treppe.
Anzahlungsrate nehme in Zahlung
Sonntags geöffnet.

Zigaretten
100 Stk. von 120,- an
100 Stk. von 10,- an
König (prima Qualität)
König (prima Qualität)
L. Manheimer, Berlin, Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

Zigaretten Zigarren Zigarillos
In großer Auswahl.
Uebersee-Kauchtabak.
Lagerbestände sehr reichhaltig.
Nur Kantinen u. Gastwirt.
M. Dessen, Berlin, Alexanderplatz 2, 1. Tr. am Untergrundbahnhof.

Krause Pianos
Großes Lager in allen Holzarten
Berlin W 50, Anshacher Str. 1.

Bettmatten
Das bekannt vorzügliche und in seiner Wirkung hervorragende Mittel gegen dieses so lästige Übel sind die bekannten
Pastillen gegen Bettmatten
a. Schachtel 4 M. p. Nachnahme.
Erfolg d. Pastillen, nachgem.
Echt nur durch
L. Löwen-Apotheke, Regensburgerstr. 103
zu beziehen. 188/7

Quelle D Meyer / Verlag in Leipzig
Das Neue Geschlecht
Ein sozialistischer Roman
von **Johan Skoldborg**
250 Seiten / Gebunden Mark 5.—. Gebunden Mark 8.—
Dazu die üblichen Leihungszuschläge
Skoldborg hat hier ein Werk voller Glauben, Heterkeit und Zukunftshoffnung geschaffen: einen sozialistischen Bauernroman. Verfasser redet von einer neuen Bauerngeneration, die, von modernen Ideen erfüllt, stolz und sicher ihre Bauernart wahr und ihr eigenes Leben ausbaut. Aus diesem Buch wird jeder Deutsche und insbesondere jeder Arbeiter in dieser chaotischen Zeit neuen Mut und neue Zuversicht schöpfen.

Landgerichtsrat
s. L. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach
pers. z. sprechen Potsdamer Str. 118.
(Lützowstr.) Langjähr. Erfah. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach. Gesuche, Verträge, Ermittlungen. — Beobachtungen Tel. Lützow 2404

Prozesse
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. B. H. Alexanderstraße 43 (am Alexanderplatz, gegenüber Platz) (9-7) Glänz. Erfolge Beobacht. Sonntag 10 11

!!! Geld !!!
Für jede Veranlassung. Höchste Zinssätze für Pfandbriefe, Wechsel, Aktien, Goldgegenstände, Eisen-, Silber- u. Wollfr. Friedrichstr. 41 III, 62. Rogge.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbüro Schlichting
Berlin W 8, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3705 und 3812.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Blei und Eisenmetalle
kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale
Rathenowstr. 66. Tel. 15580.

Piano oder Stutzflügel
Private, die gut erhaltenen Instrumente zu äußerst günstigen Preisen zu verkaufen wünschen, werden gebeten, sofort schriftliche Preisangebote zu richten an Gustav aus Hagau z. Z. Berlin, Warschauer Hof, Dorotheenstr. 63

Gebisse
Stützflügel 7.— bis 80.—
Platin
Gold u. Silber in jeder Form zu höchsten Preisen.
kauft Linke
Bismarckstr. 40 Port. 2 II, 5-8 U.

Grammophone
auf Teilzahlung.
F. & H. Schmidt
Petersburger Str. 25, I. Et.

Platina, Gr. 120 M.
Gold, Silber,
Zahngelüste,
Platin-Zähne
kauft E. Haas, Berlin, Dorotheenstr. 11, vom 11. 140/150

Rasierapparat!
Neuestes Patent: Gebogenes Klinge. Für jedes Gesicht ist ein passendes, ideales, unumkehrbares Rasiermesser zu haben. Preis 60 Pf. u. 1.00. Für Gebrauchsgegenstände billiger.
Georg Witzke, Witzke (Post) Geismüller Straße 7 a.

Die deutsche Antwortnote.

Auf die Note vom 8. Dezember hat die deutsche Regierung dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz in Paris folgende Antwortnote gegeben:

Die deutsche Regierung legt Wert darauf, das Mißverständnis aufzuklären, als ob sie auf Grund des einseitigen Benehmens der Vertreter der Vereinigten Staaten von dem im Friedensvertrag vorgesehenen Kommissionsamt ein Recht auf Abänderung der Vertragsbestimmungen über die Auslieferung der wegen Verletzung der Kriegsgesetze angeklagten Personen und über die Heimführung der Kriegsgefangenen in Anspruch genommen habe. Die Heimführung der Kriegsgefangenen ist von ihr überhaupt nicht in diesen Zusammenhang gebracht worden. In der Auslieferungfrage hat sie bereits vor Beginn der Verhandlungen am 1. November die Gründe geltend gemacht, die eine Milderung in der Art der Durchführung des Friedensvertrags notwendig erscheinen lassen. Diese Gründe verbleiben nach wie vor die ernsteste Beachtung von Seiten der Alliierten und assoziierten Mächte. Die deutsche Regierung hat aber ihre Zustimmung zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages niemals von der vorherigen Regelung dieser Frage abhängig gemacht.

Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß nach der Absicht des Obersten Rates das in dem Schlussabsatz des Protokolls vom 1. November vorbehaltene

Recht zu militärischen und sonstigen Zwangsmaßnahmen nur Geltung haben soll, bis durch die Inkraftsetzung des Vertrages der Friedenszustand hergestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll vorgesehenen Verpflichtungen nur durch die allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages sowie durch die allgemeinen völkerrechtlichen Verkehrskarten gewährleistet sein wird. Unter diesen Umständen fallen die von der deutschen Regierung wegen des Schlussatzes bisher erhobenen Bedenken fort.

Die deutsche Regierung nimmt ferner Kenntnis davon, daß nach der Absicht der Alliierten die Kriegsgefangenen, deren Freigabe nach Friedensschluß nur von der übrigen bereits erfüllten Bedingung des Artikels 21 abhängig gemacht werden sollte, sofort nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden heimgeschickt werden sollen.

Abgesehen von den Bestimmungen, die sich auf die Verjüngung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow beziehen, will die deutsche Regierung gegen den Inhalt des Protokolls bei der verhältnismäßigen Wertminderung der in Betracht kommenden Leistungen und in der Erwartung, daß die in Aussicht genommenen Lieferungen selbstverständlich in Anrechnung kommen, keine Einwendungen erheben. Sie legt nur Wert darauf, festzustellen, daß die gerügten Rückstände und die nach Ansicht der Alliierten vorliegenden Verzögerungen gegen den Waffenstillstand nicht auf ihr Verschulden zurückzuführen sind.

In der

Scapa Flow-Angelegenheit

verrichtet die deutsche Regierung darauf, die Ausführungen der diesen Gegenstand behandelnden besonderen Note der Alliierten eingehend zu beantworten. Sie beschränkt sich auf folgende Bemerkungen:

Der vermeintliche Widerspruch zwischen dem Memorandum vom 27. November und den Noten vom 28. Juni und 8. September besteht tatsächlich nicht. In diesen Noten wurde auf die Rechtsfrage nicht eingegangen. Erst das Memorandum behandelt die Angelegenheit von der rechtlichen Seite und stellt dabei diejenigen Argumente zusammen, die von einem Schiedsgericht zu berücksichtigen sein würden.

Der Sinn der sibirischen Stelle aus dem

Scheitern des Admirals von Trotha

vom 9. Mai ist durch unrichtige Uebersetzung völlig entstellt. Wird die Stelle im richtigen Wortlaut und im Zusammenhang mit dem übrigen Text des Schreibens gelesen, so zeigt sich, daß es sich um die Instruktionen handelt, die den deutschen Marinebefehlshabern für die Verhandlungen in Versailles gegeben worden waren, nicht aber, wie die Note der Alliierten annimmt, um eine Anweisung an Admiral v. Reuter.

In dem jetzt von der britischen Neutralität veröffentlichten

Befehl des Admirals v. Reuter an die Kommandanten der Kriegsschiffe vom 17. Juni heißt es, daß er nur dann zur Verjüngung der Schiffe schreiten würde, wenn der Feind den Versuch machen würde, sich ihrer ohne die Zustimmung der deutschen Regierung zu bemächtigen, daß die

Schiffe aber übergeben werden sollten, falls die deutsche Regierung die Freibeitungsbedingungen annähme.

Dieser Befehl ist ein neuer Beweis dafür, daß sich Admiral von Reuter zu seinem Schritte nur entschlossen hat, weil er der tatsächlichen Ansicht war, daß der Waffenstillstand abgeschlossen und der Kriegszustand wieder eingetreten sei. Unter diesen Umständen glaube er nach dem für den Kriegszustand geltenden allgemeinen Befehl handeln zu müssen, der es dem Besatzungszur Pflicht macht, sein Schiff nicht in die Hand des Feindes fallen zu lassen, ein Befehl, der übrigens auch in der britischen und französischen Marine Geltung hat.

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß die Uebersetzung des Sibirischen an den

Internationalen Schiedshof in Haag

die gerechteste Lösung gebracht haben würde. Die Inkraftsetzung des Friedensvertrages und die Inkraftsetzung eines entsprechend geänderten Protokolls wäre dadurch in keiner Weise aufgehoben worden.

Die deutsche Regierung kann nur behaupten, wenn die Alliierten demgegenüber den Standpunkt einnehmen, daß es sich um Kriegsvergehen handle, deren Regelung dem Sieger zustehe. Um jedoch, soweit es an ihr liegt, jedes Hindernis für die schnelle Wiederherstellung des Friedens aus dem Wege zu räumen, erklärt sie sich bereit, den Schaden, der den alliierten und assoziierten Regierungen durch die Verjüngung der Schiffe entstanden ist, wieder gut zu machen. Sie ist aber außerstande, den Schadenersatz in der im Protokoll vom 1. November vorgesehenen Art zu leisten. Denn eine gewissenhafte Prüfung hat ergeben, daß die Durchführung der in dem Protokoll gestellten Forderungen dem deutschen Wirtschaftslieben unheilbaren Schaden zufügen und jede Möglichkeit einer Durchführung der übrigen ungebührlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage vollends vernichten würde. Die Alliierten werden nicht verstanden wollen, daß die deutsche Regierung eine betrieblige neue Verpflichtung übernimmt. Nach dem Inhalt der Note vom 8. Dezember sind sie selbst gewillt, eine verhältnismäßige Schädigung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands zu vermeiden. Sie haben sich bereit erklärt, in eine Prüfung dieser Frage einzutreten, sobald ihnen das Verzeichnis des deutschen Hofmaterials übergeben sei. Die deutsche Regierung möchte den Alliierten schon jetzt diese und die sonst erforderlichen Nachweisungen übermitteln, aus denen sich ergeben wird, in welchem Maße die Erfüllung der gestellten Forderungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands lähmen würde. Sie hat eine

Kommission von Sachverständigen

bestellt, um die Verhältnisse der alliierten und assoziierten Mächte diese Nachweisungen vorzulegen und zu erläutern. Sie wird gleichzeitig bestimmte eingehende Vorschläge über eine Art des Schadenersatzes machen, die, wenn sie auch bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands eine neue Brücke nach Bedenken, doch nicht als mit seinen Lebensinteressen unvereinbar angesehen werden dürfte.

Nachdem sich die deutsche Regierung ausdrücklich zu einer Entschädigung für die Verjüngung der deutschen Kriegsschiffe bereit erklärt hat, glaubt sie erwarten zu dürfen, daß die noch immer zurückgehaltene Forderung unverzüglich freigegeben wird. Die deutsche Regierung ist sich der Hoffnung hin, daß es auf dem angegebenen Wege gelingen wird, sofort die Inkraftsetzung des Protokolls und die

Inkraftsetzung des Vertrages

zu ermöglichen und damit den vom deutschen Volke wie von der ganzen Welt so sehr ersehnten Frieden zurückzuführen.

Aus dieser Antwort geht die verständliche und entgegenkommende Haltung der deutschen Regierung klar hervor. Die Antwort der Entente darauf wird hoffentlich das anerkennen.

lassen die jetzt geübten erhöht werden. Die Beratungen wurden einseitig aufgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Arbeitervertreter zur Reichsgesetzgebung sollen nach einem Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses angeordnet werden. Die Eisenpreise. Eine eingehende Erörterung rief im Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung die Frage der Eisenpreise und Eisenwirtschaft hervor. Unterstaatssekretär Dr. Girsch hielt ein Eingreifen der Regierung für notwendig, um die Preise auf erträglicher Höhe zu halten. Minister Schmidt begründete die von der Regierung geplanten Maßnahmen. Die Staatsanwaltschaft sei für viele Artikel vorläufig noch unentbehrlich. Dieser Anfall wurde auch aus den Kreisen der Abgeordneten Zustimmung. Ein eigener Ausschuss soll sich mit diesen Fragen beschäftigen. Unterstaatssekretär Girsch kündigte zum Schluß einen Gesetzentwurf für Regelung der Ein- und Ausfuhr an.

„Reaktion der Eisenbahnverwaltung.“

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt uns zu diesem Artikel („S.“ Nr. 34 vom 12. Dezember 1919) mit, daß sowohl gegen Oberbahnvorsteher Stephan in Garmisch als gegen den Bahnhofsverwalter Bator in Spindlersfeld eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet ist, in deren Verlauf auch über die vorläufige Dienstenthebung entschieden werden wird. Nähere Angaben können, so heißt es in der Erklärung weiter, vor Vernehmung des Verfassers nicht gemacht werden. Im übrigen sind die Maßnahmen im Emberehmen mit der Beamtenvertretung des Direktionsbezirks getroffen worden.

Sie stellen dazu fest, daß nach den erhobenen Anschuldigungen eine **reaktionäre** Abwendung erforderlich scheint und es darum unabweislich bleibt, warum man die Sache auf einer disziplinarischen Untersuchung beruhen läßt, zumal auch die ernannte Untersuchung unter demselben Eisenbahndirektionspräsidenten beanstandet wird, der die ersten Anschuldigungen im Falle Bator als „politischer Gegenstand“ bezeichnet hat. Für eine Unparteilichkeit des Verfahrens bürgt das keineswegs.

Deutschböhmisches Seelendruck.

Dr. Renner soll nach Pariser Presseberichten, die er als Diktator nicht dementieren kann, gegenüber Anfragern von der westlichen Orientierung seiner Regierung geredet haben und es werden ihm sogar höchst unwahrscheinliche Worte zugeschrieben, wie: er hoffe, daß die Entente Deutschböhmen nicht auf die Hilfe Deutschlands verweisen werde. Das kann ja übrigens auch ein Hinweis mit dem Jaunpfehl sein — und die Entente kann natürlich ganz anders helfen. Wir aber stehen schlichtlich nicht einer Regierung bei, sondern unseren Brüdern im Land.

Wird die Entente nicht seine Zusagen — für die das arme, felle Land all seine Einnahmequellen verpfänden müßte —

so wird die Regierung zurücktreten und keine andere an ihre Stelle kommen.

Die Hilfsaktion Italiens wird schon in den nächsten Tagen mit der Aufnahme von 5000 Wiener Kindern in Ferienkolonien von Oberitalien beginnen. Der Bürgermeister von Mailand begibt sich in Begleitung von ärztlichen Fachmännern zur Abholung der Kinder nach Wien. Die italienische Regierung hat die Eisenbahnzüge unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Kinder werden von Wiener Lehrerinnen begleitet, die ihnen während ihres viermonatigen Aufenthaltes Unterricht erteilen werden. Auch im Salzburger Landtag wird die Frage des Anschlusses an Deutschland zur Sprache gebracht werden. — 600 Tonnen Mehl aus Deutschland sind in Wien eingetroffen.

Die Schweizer Unternehmer.

(Zürcher Drahtbericht des Vorwärts.)

Der Schweizerische Unternehmerkongress vom 12. bis 14. h. M. hat die 18-Stunden-Woche anerkannt, lehnte aber eine weitere Arbeitsverkürzung ab. Er forderte die Uebernahme der Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften, die dazu Staatsbeiträge erhalten sollen.

Verzicht d'Annunzios.

Zwischen dem Grafen Sforza, Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, und dem Kommandanten Rizzo und Major Ciurliati, den Vertretern d'Annunzios, ist ein Abkommen geschlossen worden, wonach d'Annunzio in Uebereinstimmung mit dem Nationalrat von Trieste das Kommando dem Admiral Coviglia übergeben und dieser zum Gouverneur der Stadt ernannt werden wird.

In der Kammer hat die Regierung erklärt, die Löhnungs- und Verpflegungsgesetze der Armee d'Annunzios dürfen den Staat nicht belasten.

Rote Gemeinden in Frankreich.

Behrliche große Provinzialstädte haben nunmehr eine absolute sozialistische Majorität, so z. B. Lyon, Lille, Lyons, Brignone und Grenoble. In den meisten dieser Städte wird ein Sozialdemokrat zum Bürgermeister gewählt werden, so Aba Delory in Lille und Aba. Moutet in Lyon. In zahlreichen Städten haben, insbesondere bei der Stichwahl, die Sozialisten mit der bürgerlichen Linken gemeinsame Listen aufgestellt, obwohl die französische Partei vorstand diese Verbindungen bei den allgemeinen Kommunalwahlen vom 16. November und während des reinen Klassenkampfes streng verboten hatte.

Deutsche Unterhändler in Paris.

Die deutsche Note ist Montag vormittag Herrn Dufosse überreicht worden.

Die deutsche Sachverständigenkommission ist Sonntag nach Paris abgereist. Sie wird geführt von Geheimrat Seliger. Außerdem gehören ihr an als Vertreter der Arbeiter Genosse Paul Müller; als Vertreter der Deutschen Herr Rudolf Blom; ferner Geheimrat Graf von Minnigerode der Hessischen Arbeiter, Direktor Feiler von der Hamburg-Amerika-Linie, Direktor Dr. Teisens von der Deutscher Werk Bremen und ein Vertreter der Hamburger Regierung.

Kleine politische Nachrichten.

Ungerechte Angriffe auf Kantale. In der „Glode“ gibt Bage sus mit den stärksten Worten gegen Kantale los, den er beschuldigt, sein Buch in gewinnstüchtiger Absicht vorzeitig ins Ausland verführt zu haben. Der Angriff wird in dreifacher Beziehung im höchsten Grade peinlich, weil er ersicht, nachdem er schon längst widerlegt ist, weil er gleichzeitig von groben Schimpftreibern begleitet ist und weil er Kantale mit seinen eigenen Angelegenheiten verquittet. Denn das ist nach Kantale die Moral von der Beschrift: Wer in der kapitalistischen Gesellschaft keine geistige Unabhängigkeit behalten will, der muß sich mit Kapital versehen. Fast alle sozialistischen Schriftsteller aller Zeiten, ganz besonders auch Kantale, haben keine Zeit gefunden, sich mit Kapital zu versehen. Sie sind arme Teufel geblieben und waren, wenn es sein muß, durch ungewöhnliche Notizen ihre geistige Unabhängigkeit. Wenn ihnen einer, der das bessere Teil erwählt hat, ihre geistige Unabhängigkeit bestrafe, so ist das eine moralische Verzerrung, die im höchsten Grade abstoßend wirkt.

Reffel bleibt verhaftet, in der militärische Gerichtshof die Haft angeordnet hat.

Ubrandyport der Goldensablen. Nach den neuesten Angaben betragen am 8. Dezember die Goldensablen an Kohlen, Koks, Torf, ferner im Ruhrrevier 618 693 Tonnen, in Oberschlesien 481 797 Tonnen. Seit dem 1. November sind an der Ruhr rund 218 000 Tonnen, in Oberschlesien 221 000 Tonnen von den Goldensablen abgefahren worden, insgesamt sind mithin 434 000 Tonnen aus den Goldensablen für das Wirtschaftsjahr gewonnen worden. Bemerkenswert ist, daß an Kohle an der Ruhr nur noch 134 000 Tonnen lagern.

Die Sparprämienanleihe meist vorläufig ein Zeichnungsergebnis von 3,8 Milliarden Mark auf, 70 Proz. der Zeichner haben 1 bis 2 Stück erworben. Man erwartet noch größere Zeichnungen aus dem Ausland. Was zu 4 Milliarden fehlt, will das Reich selbst zeichnen.

Neuer Protest in Kassel. Eine Versammlung aller hiesigen Parteien protestierte gegen entsetzliche Bockl Scheidemann zum Oberbürgermeister. Außerdem bestritten sie ihm Sachkenntnis und Objektivität und wollen keinen tüchtigen Parlamentarier als Stadthaupt, obgleich auch das auch gewesen ist.

In den Danziger Gemeindevahlen ist nachzutragen, daß die Polen 5 Mandate und 8 Proz. der Stimmen erhielten — weniger als die Schmachke unter den deutschen Parteien. Bei den Januarwahlen zur Nationalversammlung hatte die S. P. D. 37 407 Stimmen erhalten, die U. S. P. 7825 — jetzt beide zusammen trotz der Einigung 27 000. Die Demokraten haben sogar mehr als die Hälfte ihrer Stimmen verloren!

Die Gemeindevahl in Greifelt ergab 29 Zentrum, 13 Unabhängige und je 12 Sozialdemokraten und Bürgerklub.

Helen Grünberg M. d. R. Nachdem die Wahl des unabhängigen Hg. Simon für ungültig erklärt worden ist, fällt nach Feststellung des Wahlrechtes der freierwerbende Hg. der Vorlageliste Braun (Soz.) zu. Das Mandat geht auf die Arbeitersekretärin Helene Grünberg über.

Klawunde gerechtfertigt. Am 1. April 1919 war der damalige Stadtkommandant von Berlin, Albert Klawunde, durch Verlegung des Gouvernements Berlin seines Postens entlassen worden, wobei der Presse gegenüber finanzielle Unregelmäßigkeiten als Grund der Entlassung angegeben wurden. Wie aus der Rechtsabteilung Klawunde mitteilt, hat die von Klawunde selbst beantragte gerichtliche Untersuchung die Haltlosigkeit der erhobenen Anschuldigungen ergeben. Klawunde ist durch Beschluß der 4. Ferienkammer des Landgerichts I Berlin vom 11. August 1919 außer Verfolgung gesetzt worden. Das Ergebnis der Untersuchung ist dem Reichswehrministerium am 4. Oktober 1919 bekanntgegeben worden. Dieses hat bisher keine Veranlassung genommen, das Ergebnis der Untersuchung der Öffentlichkeit mitzuteilen, obwohl das Gouvernement im April die durch nichts begründeten Beschuldigungen sofort veröffentlicht hat.

Westdeutschland in der Sklaverei.

Die Villa eines Koblenzer Einwohners ist von einem amerikanischen Offizier und seinem Gefolge beschlagnahmt. Die Gattin des Besitzers glaubte berechtigt zu sein, einige ihrer besonders liebe Gutzichtungsstücke, darunter ein Delgemälde ihrer Tochter, in ihr neues Heim herübernehmen zu können. Als der Offizier nach Rücksprache von einer kurzen Abwesenheit die Fortnahme des Bildes bemerkte, wurde die „Uebelthäterin“ alsbald an sechs Wochen Zwangsarbeit und einer Geldbuße verurteilt. Mit „gütwilliger Nachsicht“ gestattete die amerikanische Behörde, daß an Stelle der alten Dame ihr ältester Sohn diese unerbittliche Strafe übernahm, die er im Arrestgefängnis zusammen mit einem Verdröckel überleben mußte. Die Zwangsarbeit mußte vor aller Öffentlichkeit erfolgen. Ein Gutsbesitzer aus der Gegend fuhr im Wagen nach Grendelstein. Untermwegs wurde er von einem amerikanischen Auto angecrampelt, so daß er kopfüber vom Wagen fiel. Er gab seinem Anwalten über die Unerschlichkeit der amerikanischen Offiziers-Ausbreitung, was zur Folge hatte, daß diese sich sofort auf ihn stürzten und ihn zu Boden begannen. Der Gutsbesitzer legte sich sofort zur Behr, wurde aber schließlich von einem der amerikanischen „Herren“ mit der Peitsche seines eigenen Wagens demütig bearbeitet, daß ihm ein amerikanischer Polizist helfen mußte und ihn zur nächsten Unfallstation brachte. — In Würzburg sind zwei junge Mädchen aus Saarlouis eingetroffen. Bei einem Landvergnügen weigerten sie sich, mit französischen Soldaten zu tanzen, die in das Tanzlokal eingedrungen waren. Sie wurden sofort verhaftet, konnten aber trotz der Kosten durch ein Revier entlassen und nach dem unbesetzten Gebiet gelangen. Vielleicht verlangt man jetzt ihre Auslieferung?

In Oberkassel bestand sich die Ehefrau Dornenburg mit ihrem zweijährigen Kinde am offenen Fenster ihrer Wohnung in der Wiesentstraße. Ein dem Haus sich gegenüber befindender heiliger Militärposten vergnügte sich damit, scharfe Patronen zu öffnen. Er schüttete das Pulver auf eine Bank, um es zu verbrennen. Pöbellich legte der wachhabende Unterspitzer nach Angabe der Frau das Gewehr auf sie an. Sie machte ihm ein Zeichen, das zu unterlassen. Darauf nahm der Wächter den Unterspitzer das Gewehr ab und zielte auf sie. Im gleichen Augenblick fiel auch der Säugling, durch den das Kind getötet und die Mutter schwer verletzt wurde.

Am 20. September wurden in der Nähe von Hildesheim Frauen und Kinder, die abends gegen 7 1/2 Uhr von der Arbeit auf dem Gute Körnerhof kamen, auf neutralem Gebiet von einer dreifachen französischen Patrouille angehalten. Die Franzosen suchten sich drei der jüngsten Frauen aus und schleppten sie, angeblich weil sie keine Ausweiskarten hätten, mit sich, um sie zu verhaften.

In Wiesbaden wurden im demokratischen Parteibureau alle Akten über Dornenburg beschlagnahmt und ein Arzt verhaftet. Die beiden Sozialdemokraten Hildesheim wurden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen, weil sie ententeferndlich aufgetreten seien.

Ausschußberatungen.

Neue Feuerungsanlagen sollen, wie im Hausbau, auch durch die Nationalversammlung mitgeteilt wurde, noch vor Verabschiedung der Besoldungsordnung den Beamten gewährt, bezug-

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Metallarbeiter.

In der am Sonntag tagenden Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes stand die Fortsetzung der Debatte über den verfallenen Metallarbeiterstreik auf der Tagesordnung. Der erste Redner Ulrich erwähnte die „Technische Rothhilfe“, die er entschieden verurteilte. Weiter erklärte der Redner, daß für ihn und seine Freunde die Beschlüsse des Verbandstages maßgebend seien. Des weiteren behauptete Ulrich, daß Ulrich seinerzeit in der Generalversammlung für die Beendigung des Streiks eingetreten sei, aber die Generalversammlung habe gegen Ulrich entschieden. Der nächste Redner, Köhler, teilte der Versammlung mit, daß die letzte Branchenversammlung der Schmiede den Kollegen Siering als Mitglied der Branchenleitung gewählt habe; daraufhin haben sämtliche Mitglieder der Branchenkommission, die auf dem Boden der U. S. V. stehen, ihr Amt niedergelegt. Die Redezeit wurde nunmehr auf 10 Minuten beschränkt. Nachdem noch einige Redner gesprochen, erhielt Cohen das Wort.

Ein Antrag, Cohen eine unbeschränkte Redezeit zu geben, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag, ihm und dem antwortenden Vorstandsmittglied Ditzmann eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren, angenommen.

Cohen führte aus, daß bezüglich der Technischen Rothhilfe in den nächsten Tagen die Leitungen der deutschen Gewerkschaften Stellung nehmen werden, er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß das Recht der Arbeiter, über Streiks zu entscheiden, nicht eingeschränkt werden dürfe. Wenn Ulrich sage, die Beschlüsse des Verbandstages müssen maßgebend sein, so erkläre er, Cohen, daß er sich mit seinen Freunden daselbe Recht herausnehme wie Ulrich und seine Freunde nach den Beschlüssen der Branchenkommission in Köln 1917.

Ulrich und seine Freunde haben gegen die Köhler Beschlüsse rücksichtslos gewettert, daselbe tun wir gegen die Stuttgarter Beschlüsse, die uns nicht gefallen. Wir tun das, was Ihr uns vorgemacht habt.

Alteiches Recht für alle. Bezüglich der Stellung der Schiedskommission zum Kollegen Siering sei die Begründung des Kollegen Köhler doch unhaltbar. Die statistischen Bestimmungen des Verbandes haben natürlich auch Gültigkeit für die Mitglieder, die auf dem Boden der S. V. D. stehen, um so bedauerlicher sei es, daß unser Statut während des Metallarbeiterstreiks in vielen Fällen mit Häfen getreten ist. (Sehr viele Unterbrechungen: Wo, wann?)

Zusatz ist der ganze Sympathiekreis statutenwidrig und zwecklos gewesen,

außerdem erkläre ich mich bereit, 15-20 Fälle dem Vorstand zu unterbreiten, was ich jetzt im Augenblick bei meiner kurzen Redezeit nicht kann.

Zum Streik selbst behauptet Cohen, daß eine Notwendigkeit zur Kündigung des Kollektivabkommens nicht vorlag, die Löhne der besonders schlecht bezahlten Kollegen hätten auch ohne Kündigung des gesamten Abkommens aufgehoben werden können. Des weiteren stellte Cohen die Frage, wie es denn möglich war, daß als die Arbeiterbestreiter bei den Verhandlungen 3 Lohnstufen forderten und die Arbeitgeber 8 Stufen wollten, man sich tagelang auseinanderlegte ohne einmal festzustellen, daß die Unternehmer unter der Klasseneinteilung etwas ganz anderes verstanden als die Arbeiter. Die Arbeiter wollten die Einteilung: gelernte, angeleitete und ungelernete je in geschlossenen Lohngruppen. Die Unternehmer wollten jede der drei Gruppen über 2, 3 und eventuell 4 Stufen verteilen. In der Generalversammlung, die zum Schiedspruch am 21. August Stellung nahm, ist hierüber nichts gesagt, die Arbeitervertreter kannten da also wohl noch nicht die Stellung der Unternehmer.

Cohen fragte nochmals, wie war das möglich. In der Generalversammlung ist aber gesagt, daß der Schiedspruch angenommen werden müsse, denn an Streik sei nicht zu denken. Das sei, wie jeder Gewerkschaftsaktivist weiß, eine große Torheit gewesen, so etwas sagt man nicht öffentlich, denn es mache die Unternehmer wenig geneigt, ausreichende Zugeständnisse zu machen. Wenn jetzt unter den Mitgliedern eine so große Erregung herrsche, so sei das zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die Streikleitung den ungünstigen Ausgang des Kompromisses anstatt auf die widrigen wirtschaftlichen Verhältnisse, auf die der S. V. D. angehörenden Kollegen zurückführte. Damit wollte die Streikleitung den Vorgesetzten der Kollegen von sich auf eine andere Stelle ablenken. Das tat dieselbe Leitung, die doch kurz vor Beginn des Streiks durch ihre Erklärung:

an Streik ist nicht zu denken!

selbst zugab, daß sie die zum Streiken ungünstige Situation sehr wohl erkannte. Zum Schluß empfahl Cohen eine Resolution, in der zum Ausdruck kommt, daß alle Mitglieder des Verbandes ohne Rücksicht auf ihre politische Auffassung berechtigt seien, den Posten zu besetzen, zu dem sie befähigt seien. Auf einen Zwischenruf bemerkte Cohen, daß das Mantelabkommen und Lohnabkommen, wie es im verfallenen Winter beschlossen, nur für die Branchen galt, die beides in ihren Versammlungen angenommen hatten.

Bald nachdem erhielt Ditzmann das Wort. Derselbe erklärte die Stellung des Verbandstages zum Berliner Streik und wies auf die vom Verbandstag zum Berliner Streik beschlossene Resolution hin. Es werden in der kommenden Woche verschiedene Sitzungen sich mit dem Berliner Streik beschäftigen. Die eingebrachte Resolution

bezüglich der Gleichberechtigung der Mitglieder sei etwas Selbstverständliches,

über das doch nicht erst abgestimmt werden brauche. Jedes Mitglied, das befähigt sei und das Vertrauen der Kollegen besitze, könne zu jedem Posten gewählt werden. (Zwischenruf: Und Dein Zirkular wegen der Delegiertenwahl?) Er stehe auch auf dem Standpunkt, daß Lohnabkommen mit den Unternehmern abgeschlossen werden können, über den Begriff Kollektivabkommen wolle er nicht streiten. Aber Abkommen im Sinne der Arbeitsgemeinschaft lehne er ab. Notwendig sei die Einigkeit der Kollegen, da wir sonst den wohl bald wieder kommenden Kämpfen nicht gewachsen seien. Nach Ditzmann sprachen noch einige Redner über Einzelheiten während des Streiks und dann erfolgte auf Antrag Schluß der Diskussion.

Der Versammlungsleiter Kufsch erklärte, die eingebrachte Resolution sei eine Selbstverständlichkeit und entspreche der Auffassung der Ortsverwaltung, deshalb sei eine Abstimmung überflüssig. Als aus der Mitte der Versammlung trotzdem eine Abstimmung gefordert wurde, kam Kufsch dem nicht nach, sondern nahm eine Abstimmung darüber vor, ob die Generalversammlung die Auffassung der Ortsverwaltung teile. Die Generalversammlung stimmte der Auffassung der Ortsverwaltung zu. Nunmehr folgte eine große Zahl persönlicher Bemerkungen. Sodann gab Kufsch bekannt, daß nach dem Beschluß der Ortsverwaltung die Bezirksleiter Lokale angeben möchten, wohin die Metallarbeiterzeitung gebracht werden solle, um von dort aus in die Betriebe zur Verteilung abgeholt zu werden.

Konflikt in der Reichsdruckerei.

Am gestrigen Montag morgens wurde dem Arbeiterrat der Reichsdruckerei folgendes Schriftstück vorgelegt:

Direktion der Reichsdruckerei Berlin SW 68, Drienerstr. 91, den 15. Dezember 1919.

Mitteilung an

den Arbeiterrat.

Abdruck. Der Reichsprofeminister. Berlin W 66, den 11. Dez. 1919. VI Q 1975. Eilt sehr!

Für die Unterhaltung von Arbeiter- und Soldatenräten können Reichsmittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Soweit daher Kosten für Arbeiter- und Soldatenräte noch aus der Reichskasse bestritten werden, sind die Zahlungen sofort einzustellen.

J. K.:

gez. Unterrichts.

An die Ober-Postdirektionen, die Direktion der Reichsdruckerei, das Telegraphen-Versuchsam, das Telegraphen-Apparatamt und das Funkbetriebsamt.

Abdruck zur Kenntnis. Kosten für den Arbeiterrat können hiernach von jetzt ab nicht mehr aus der Reichsdruckereikasse gezahlt werden.

Die Arbeiterschaft der Reichsdruckerei nahm zu diesem Erlaß Stellung und erklärte, daß, falls derselbe nicht zurückgezogen würde, am anderen Tage der Betrieb stillsteht. Die Arbeitsgemeinschaft der Reichs- und Staatsarbeiter erklärte sich mit dem Vorgehen der Arbeiterschaft der Reichsdruckerei solidarisch und ist gewillt, voll und ganz dieselbe zu unterstützen.

Zur Arbeitsgemeinschaft gehören Eisenbahn, Post, Reichsdruckerei und alle anderen staatlichen Institute.

Daß dieser Erlaß so sehr eilt, läßt darauf schließen, daß Kräfte am Werke sind, die den Arbeiterräten noch vor Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes den Garaus machen möchten. Hat die erhebliche Verschlechterung des Betriebsrätegesetzentwurfs die Arbeiterschaft schon bitter enttäuscht, so muß dieselbe eine solche Verfügung im gegenwärtigen Moment geradezu als eine Herausforderung empfinden.

Etwas mehr Weitblick und soziales Verständnis sollte in unseren Ministerien wirklich anzutreffen sein. Solche Verfügungen erweisen sich doch nur als Verbeluren für unser der Erholung dringend bedürftiges Wirtschaftsleben.

Der Streik bei Wertheim.

Wie wir bereits in unserer Montagabendausgabe berichteten, vertritt die Firma Wertheim gegenüber den Forderungen der Handwerker, Heizer und technischen Angestellten die Auffassung, daß nach den getroffenen Vereinbarungen die Arbeitgeber lediglich mit den Arbeitnehmerverbänden zu verhandeln habe. Die Firma betrachtet daher den Zustand als im Widerspruch mit den zwischen den Organisations gezeichneten Vereinbarungen stehend und hat bekanntgegeben, daß alle streikenden owerbildlichen Angestellten, welche ihre Tätigkeit nicht spätestens am 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, wieder aufgenommen haben, als entlassen gelten.

Weihnachtsunterstützung des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes.

Folgender Antrag der Ortsverwaltung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde in der am Freitag, den 12. d., stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung angenommen und soll bei demnächst stattfindenden Generalversammlung zur nachträglichen Genehmigung vorgeschlagen werden.

Als Weihnachtsunterstützung für die Arbeitslosen soll als Entschädigung der 20. November 1919 gelten und wird gezahlt an alle Mitglieder unserer Organisation, die seit dem 20. November und früher arbeitslos sind und im Besitz der staatlichen Arbeitslosenunterstützung stehen.

Als Satz wird festgesetzt derjenige, welchen der Erwerbslose als Arbeitslosenunterstützung bezieht, einschließlich der Familienunterstützung. Hinsichtlich derjenigen Arbeitslosen, die staatliche E.-L. deswegen nicht beziehen, weil sie die Arbeit aus eigenem Verstande verloren oder freiwillig aufgegeben haben, soll nach ordnungsmäßiger Prüfung, durch die Angestellten der Ortsverwaltung von Fall zu Fall entschieden werden.

Invalide Mitglieder erhalten 20 M.

An die Frauen der sich am Tage der Auszahlung in Gefangenschaft befindlichen Kollegen soll eine Weihnachtsunterstützung von 20 M. gezahlt werden.

Zu dem letzten Postus möchten wir die Vertrauensleute bitten, die Frauen der noch in Gefangenschaft befindlichen Kollegen zu ersuchen, unter Vorlegung eines Ausweises, woraus hervorgeht, daß ihr Mann noch bei dem Militär ist, nach unserem Bureau, Wuladstraße 10 I zu schicken.

Die Auszahlung hat bereits am Montag, den 15. Dezember begonnen.

Zu der Vertretung des Herrn Gorges in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ erhalten wir vom Zentralverband der Fleischer eine Entgegnung, der wir folgendes entnehmen:

Es gebührt eine Unverschämtheit dazu, die Angaben des Fleischerverbandes als unzutreffend zu bezeichnen. Es sind Zeugen vorhanden, denen Gorges verschlossene Akten mit darin enthaltenen gelben Stimmzetteln persönlich zusehen wollte und die sich das verboten. G. wurde aus dem Wahllokal entfernt. Hätten die Verbandsangestellten G. nicht in Schutz genommen und ihm freies Geleit zum Grundstück gewährt, so wäre es ihm allerdings nicht glimpflich ergangen. Daß die Entfernung deshalb geschehen ist, weil G. den Wahlvorsteher auf das Verleihen der Stimmzettel im Wahllokal aufmerksam gemacht habe, ist einfach unwahr.

Auf das Wahlergebnis hat der gelbe Fälschertrick trotzdem keinen Einfluß gehabt. Die Verbandsliste erhielt 2197 Stimmen, die der gelben Liste nur 199. Wir hatten daher auch keine Ursache, dagegen noch besonderen Protest einzulegen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ruffin-Krummenstein-Arbeiter! Am Mittwoch, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147, eine Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsausschüsse statt. Tagesordnung: 1. Die Verhandlungen mit den Unternehmern, 2. Branchenangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Mittwoch, den 17. Dezember: Nachgruppe 1. Sektion b (Post- und Telegraphenbeamten-Ausschüsse). Betriebsversammlung abends 7 1/2 Uhr im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 11/12. Tagesordnung: Bericht über die Bewegung der Postausarbeiter. — Nachgruppe 4. Sektion a (Berufsgenossenschaften). Mitgliederversammlung abends 6 Uhr in den Zentralclubs, Alte Poststraße 30-32. Vortrag: Referent Kap. Franz Krüger. — Nachgruppe 7 (Waren-, Kaufhäuser- und Erzeugnisse). Öffentliche Versammlung abends 7 Uhr in den Arbeiterhäusern, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Wichtige Tagesordnung. — Nachgruppe 13. Sektionen a-d. Sitzung der Sektionsleitungen abends 7 Uhr in Havellands Feldchen, Neue Friedrichstr. 35. Wahl des Nachgruppenleiters.

Angestellte in Heeresbetrieben. Nachgruppe 3b. Vertrauensleute der Heeresbetriebe sind noch nicht bekannt. Wir bitten alle Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten dringend, bis spätestens den 20. d. M. Betriebsversammlungen abzuhalten und Kandidaten zur Generalversammlung zu wählen. Auf je 100 Verbandsmitglieder entfällt ein Kandidat. Kleinere Betriebe bitten wir zusammenzuliegen. Die Vorschlagslisten müssen bis spätestens den 21. Dezember hier eingehen. Die Vorschlagslisten sind mit „Nachgruppe 3b“ zu bezeichnen. Auskunft erteilt das Wahlbureau.

Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter. Gruppe Blumengeschäftsangehörige. Mittwoch, den 17. Dezember 1919, abends 7 1/2 Uhr, im „Reichshof“, Potsdamer Str. 3 (Wahngasse), Gruppenversammlung. Referat des Kollegen Belzer: Der Schiedspruch für den neuen Tarif.

Siemenskonzern. Transport-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen des Char-ellenburger und Glühlampenwerks. Donnerstag, den 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, Versammlung im „Heimholzgasse“, Heimholzgasse.

Zentralverband der Fleischer. Versammlung der Vertrauensleute und Vertrauensleute heute abend 8 Uhr, Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 11.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage möge man einen Vorkosten und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der juristischen Sprechstunde. Kundenk. 2. I. Hofpartee links vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Freitag und Sonnabend 3-5 Uhr; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 4-7 Uhr.

4. 5. 700. Der Postverkehr mit Belgien-Luxemburg (Frankreich) ist nicht gesperrt. — Schicksale Straße. Eine Privatschule für Voren belandern Zweck ist uns nicht bekannt; wir können Ihnen nur den Besuch der beiden hiesigen Handwerkerhöfen, event. der Kunstgewerbeschule empfehlen. — M. Steglitz. 1. Vorkosten 17. 2. Kein. 3. Jährlich Bescheid der Berufungskommission abwarten. Oberverwaltungsgericht 4. Sehr zweifelhaft. — H. K. 200. 1. Bortegel von 200 Beitragswochen muß zurückgelegt sein. 2. Zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft ist Weiterbeschäftigung erforderlich. 3. und 4. Kommen Sie um Steuerertrag ein. 5. Bis 31. 12. 19. — 5. 2. Kein. — 3. 20. 100. Berufung einlegen. Bis höchstens 31. 12. 19. — 13. 7. 19. 1. Kein. 2. und 3. Entspricht den bestehenden Bestimmungen. — 5. 79. Wert der Zuzuschüsse.

Verantw. für den redaktion. Teil: Arthur Rißler, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Rommels-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Rommels-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin. Lindenstr. 2. Extra 2 Beilagen.

SCHUHWAREN
für Damen, Herren u. Kinder
in guter Verarbeitung u.
reichhaltigster Auswahl
JANDORF
Belle-Alliance Str. Gr. Frankfurter Str.
Brunnen Str. Cottbuser Damm,
Wilmsdorfer Str. (Charlottenburg).